

3. Aufstellung der Kandidaten für die Bundestagwahl – dazu wird Herr von Brentano sprechen.

Das wird bis zur Mittagspause dauern. Dann kommt noch der Punkt „Verschiedenes“. Anschließend gehen Sie in die Fraktion.

Und wir machen jetzt Schluß! Ich danke Ihnen von Herzen, daß Sie so lange ausgehalten haben.

19

Bonn, 11. März 1953

Sprecher: Adenauer, Albers, Altmeier, Bach, Barth, Cillien, Ehlers, Fay, Gradl, Frau Gröwel, Heurich, Johnen (zeitweise), Kaiser, Kather, Kiesinger, Lehr, Lenz, Majonica, Pferdmenges, Samsche, Scharnberg, Schröder, Strickrodt, Tillmanns, Wirsching, Wuermeling, Zimmer.

Bericht des Bundeskanzlers zur Lage. Wahlkampffinanzierung. Wahlgesetz. Bundesparteitag Hamburg. Verschiedenes: Exil- CDU, Verhältnis zum DGB, Termin der Bundestagswahl.

Beginn: 10.10 Uhr

Ende: 14.50 Uhr

Adenauer: Meine Damen und Herren! Es haben sich mehrere Herren entschuldigt; Herr Ministerpräsident Arnold wegen dringender Besprechung, Herr Ministerpräsident Lübke ist leider krank, Herr Simpfendorfer hat Haushaltsberatung im Landtag, Herr Strauß ist in Straßburg, Herr Gurk hat Haushaltsberatung im Landtag; für Herrn Lensing wollte Fräulein Zillken¹ kommen, sie ist aber noch nicht da; Herr Fricke ist entschuldigt, und Herr Johnen kommt heute nachmittag.

Damit komme ich sofort zur Zeiteinteilung. Ich möchte Ihnen vorschlagen, daß wir sehr schnell und sehr intensiv arbeiten, so daß wir voraussichtlich nach 2 Uhr fertig sein werden, dann einen Imbiß nehmen und dann unsere andere Tätigkeit aufnehmen. Wir haben alle viel zu tun. Sind Sie damit einverstanden?

Bach: Ich würde bitten, die Kassenangelegenheiten heute morgen zu besprechen.

Albers: Herr Johnen legt Wert darauf, daß es heute nachmittag geschieht.

¹ Elisabeth Zillken (1888–1980), 1916–1958 Generalsekretärin und 1944–1971 Vorsitzende des Katholischen Fürsorgevereins für Mädchen, Frauen und Kinder, 1919–1933 und 1946–1967 Stadtverordnete in Dortmund (Zentrum), 1930–1933 MdR, Mitgründerin der CDU, 1946 MdL Nordrhein-Westfalen, 1947–1958 stv. Vorsitzende der CDU-Frauenvereinigung, 1952–1968 Vizepräsidentin des Zentralkomitees der deutschen Katholiken. Vgl. Hubert MOCKENHAUPT in LEBENSBILDER 6 S.214–230.

BERICHT ZUR LAGE

Adenauer: Ich komme darauf in meiner Übersicht zu sprechen. Ich soll zunächst eine politische Übersicht geben. Da unterscheide ich zwischen innenpolitischen und außenpolitischen Angelegenheiten. Was das Innenpolitische angeht, zunächst folgendes: Wir haben heute den 11. März. Wann der Bundestag seine Arbeit im Hinblick auf die Wahl einstellt, wissen wir noch nicht. Der Herr Bundestagspräsident ist der Auffassung, daß das schon sehr bald geschehen würde. Ich habe die stille Hoffnung, daß doch der Bundestag vorher noch einige entscheidend wichtige Gesetze verabschieden möge. Er hat noch zu verabschieden das Londoner Schuldenabkommen². Ich erwähne das, weil das eine Angelegenheit von außerordentlich großer wirtschaftlicher Bedeutung ist, weil wir erst nach der Ratifizierung des Londoner Schuldenabkommens tatsächlich wieder kreditfähig werden. Es ist weiter zu erledigen das Israel-Abkommen³, das eine moralische Angelegenheit von größter Bedeutung ist. Es sind ferner noch die EVG-Verträge in dritter Lesung zu verabschieden. Der Termin wurde im Ältestenausschuß auf den 19. März angesetzt. Ich wollte Ihnen nicht eine vollkommene Übersicht geben. Wir haben noch das Vertriebenen-Gesetz⁴ zu verabschieden und auch noch andere Dinge, mit denen ich Sie jetzt nicht aufhalten will. Das wichtigste Gesetz, das wir zu verabschieden haben, ist das Wahlgesetz⁵. Ich darf vielleicht darüber – wir sprechen ja ohne Zuhören der Presse, auch nicht indirekt – ein kurzes Referat halten, und zwar über den jetzigen Stand der Dinge, weil das innenpolitisch entscheidend ist jetzt und auch für die nächste Zukunft.

Das Kabinett hat, wie Sie wissen, diesen Wahlrechtsgesetzentwurf dem Bundesrat und dem Bundestag zugehen lassen, der eine – die einen sagen Hilfsstimme, die anderen sagen Zusatzstimme – zweite Stimme enthält. Wir haben mit diesem Gesetz sehr wenig Anklang in der Öffentlichkeit gefunden. Es wird uns entgegengehalten: Die Leute haben es gar nicht verstanden. Der Gesetzentwurf wird in der Öffentlichkeit, soweit ich mich habe umhören können, sehr kritisch beurteilt.

Ein Wahlrechtsgesetzentwurf mag noch so sauber und noch so gut sein, wenn er in der Öffentlichkeit schlecht beurteilt wird, d.h., daß ein Gesetz – der Ausdruck

2 Am 27. Februar 1953 in London unterzeichnet (vgl. dazu ABS: Konrad Adenauer S. 229–245).

3 Am 18. März 1953 vom Bundestag verabschiedet (vgl. Sten.Ber. 1.WP Bd.15 S.12290–12293). Dazu Franz BÖHM: Das deutsch-israelische Abkommen 1952, in KONRAD ADENAUER 1 S. 437–465; DERS.: Die deutsch-israelischen Beziehungen. Frankfurter Hefte 20. Jg. (1965) S. 601–625; Otto KÜSTER: Erfahrungen in der deutschen Wiedergutmachung. Tübingen 1967 sowie seine Tagebuchaufzeichnungen (ACDP I-084-001).

4 Zweite Lesung am 25. und 26. Februar 1953 (vgl. Sten.Ber. 1.WP Bd.15 S.11968–12003, S.12023–12056); dritte Lesung und Annahme am 25. März (vgl. BGBl I S. 201–221).

5 Verabschiedung im Bundeskabinett am 20. Januar 1953 (vgl. AdG 1953 S. 3829, dort auch die wichtigsten Bestimmungen); Ablehnung im Bundesrat am 6. Februar 1953 (vgl. AdG 1953 S. 3857); erste Lesung im Bundestag am 18. März 1953 (vgl. AdG 1953 S. 3913; Sten.Ber. 1.WP Bd.15 S.12203–12235).

wird jetzt modern – ad hoc von der gegenwärtigen Mehrheit für sich geschaffen werde, dann ist das eine vortreffliche Agitationswaffe in den Händen der Opposition. Diese Agitationswaffe würde sich besonders wirksam zeigen gegenüber den Kreisen der Wähler – die recht zahlreich sind –, die keiner Partei angehören, auch wenn sie sich zu der einen oder anderen Partei mehr hingezogen fühlen, die aber von solchen Dingen ihre Abstimmung herleiten.

Vorgestern habe ich im Kabinett erklärt, ich hätte anlässlich des Journalistentages – oder wie es heißt – vor einigen Tagen sicher ein Dutzend Journalisten aller möglichen Richtungen gefragt⁶, wie sie zu dem Wahlrechtsgesetzentwurf ständen, und sie hätten mir einmütig erklärt (*Ehlers*: Haben sie es konkret gesagt?) – das kommt bei den Journalisten darauf an; die einen sagen, es ist schlecht, die anderen sagen, wir lehnen es ab.

Ich bin zuerst von Nordrhein-Westfalen aus auf die Gefahren aufmerksam gemacht worden, die dieser Gesetzentwurf in sich berge. Es ist von Nordrhein-Westfalen darauf hingewiesen worden, daß in etwa zwölf Wahlkreisen die SPD, wenn sie klug handele, diese zweite oder Hilfsstimme dem Zentrumsmann geben würde. Dann würde der Zentrumsmann und der CDU-Mann in die Stichwahl kommen. Wenn die Stichwahl sich zwischen einem CDU-Mann und einem SPD-Mann abspiele, dann würde der CDU-Mann durchkommen, wenn aber die Stichwahl sich zwischen CDU und Zentrum abspiele, dann sei die Sache gefährlich. (*Ehlers*: Es gibt keine Stichwahl!) Verzeihen Sie, ich bin etwas weiter in Gedanken. Bei der Hilfsstimme würde der Zentrumsmann evtl. die Mehrheit bekommen.

Das wurde von sehr beachtenswerter Seite vorgetragen, so daß die Ablehnung des Gesetzentwurfs in der Öffentlichkeit, die kritische Beurteilung und dazu die anderen Betrachtungen uns doch im Kabinett veranlaßt haben, den Koalitionsparteien vorzuschlagen, im Ausschuß an dem Gesetzentwurf Änderungen vorzunehmen, und zwar dahingehend, daß die Stichwahl acht Tage nach der Hauptwahl eingeführt wird.

Die Stichwahl ist etwas, was jedem Deutschen geläufig ist. Ich glaube, daß auch sogar die Sozialdemokratie gegenüber einem solchen Wahlgesetz keine wesentlichen Einwendungen würde machen können, daß dann, wenn im ersten Wahlgang keiner der Kandidaten die absolute Mehrheit bekommen hat, dann die beiden mit den höchsten Stimmen in die Stichwahl kommen. Die Bedenken, daß bei der Stichwahl kein Interesse vorhanden sein würde, scheinen uns unbegründet zu sein; im Gegen teil, man wird der Stichwahl erhöhte Bedeutung von seiten der Wähler beimessen.

Wir haben uns darüber im Kabinett ausgetauscht und sind, obgleich nicht alle Herren da waren, doch einmütig – Herr Kollege Scharnberg war bei der Besprechung zugegen – dazu gekommen, dem Ausschuß zu empfehlen, so vorzugehen. Über diese Frage werden wir uns unterhalten müssen. Das ist der wesentlichste

6 Anlässlich eines Essens am 6. März 1953 mit dem Deutschen Journalistenverband (Terminkalender).

Punkt der innenpolitischen Lage. (*Wuermeling*: Der interne Proporz bleibt doch?) Ja! (*Wuermeling*: Die Zeitungen schreiben das Gegenteil!) Der bleibt!

Nun darf ich zur außenpolitischen Lage übergehen. In der außenpolitischen Lage wechselt das Bild sehr schnell, aber nicht zum Besseren. Ich war vor einigen Tagen auf der Außenministerkonferenz in Rom⁷ und vorgestern in Straßburg⁸. Auf der Außenministerkonferenz in Rom fehlte zum ersten Mal Herr Schuman. An seiner Stelle war Herr Bidault da⁹. Ich will über Herrn Bidault nicht viel kritische Worte sagen, aber das eine möchte ich doch hervorheben, daß alle anderen Außenminister die Abwesenheit des Herrn Schuman außerordentlich bedauert haben, einmal, weil Herr Schuman mit uns zusammen im Laufe der Jahre ein gutes Verhältnis bekommen hatte, und zweitens für uns speziell, weil diese von Herrn Schuman gegenüber Deutschland und Europa betriebene Außenpolitik eine auf einem ethischen Fundament und auf einer ethischen Überzeugung beruhende Politik war. Man fühlte das bei allen Gegensätzen, die auch manchmal zwischen uns auftraten, doch immer wieder heraus.

Die Politik des gegenwärtigen französischen Außenministers Bidault wird wesentlich beeinflußt und getragen von Rücksichten auf die innenpolitische Lage in Frankreich. Hinzu kommt, nachdem er dreieinhalb Jahre lang nicht mehr Außenminister gewesen ist, daß er es naturgemäß doch ungemein schwer hat, sich in die ungeheure Materie wieder einzuarbeiten. Es gehört viel Arbeit und Kenntnis dazu – auch Aktenarbeit –, um sich ein richtiges Urteil bilden zu können. Ob er jemals die genügende Kenntnis erwirbt, weiß ich nicht. Das ist eine Frage für sich.

Bidault ist ein eigenartiger Arbeiter, nämlich ein Nacharbeiter, der seine Leute nachts um 12, 1, 2 oder 3 Uhr holen läßt. Solche Nacharbeiter sind gewöhnlich nicht gerade sehr stetige und konsequente Arbeiter. Er wird einen Teil aufholen. Dagegen bleibt die Rücksicht auf die innenpolitische Lage bestehen.

Es ist den Herren bekannt, daß er dazu neigt, die Innen- und Außenpolitik unter Anlehnung an die de Gaulle treugebliebenen Gaullisten zu machen. Es ist den Herren ebenso bekannt, daß der französische Ministerpräsident Mayer dazu neigt, die Politik in Anlehnung an die französischen Sozialisten zu machen. Da die Gaullisten und die französischen Sozialisten diametral entgegengesetzte Auffassungen auch in der Außenpolitik haben, so ergibt sich daraus, daß ganz offenbar im Schoße des französischen Kabinetts selbst keine klare Linie in der Außenpolitik besteht.

Es ist ebenso vollkommen klar, daß ein Parlament wie das französische mehr als irgendein anderes Parlament – weil es auch selbst zerrissen und zerschnitten ist – eine Regierung braucht, die einen klaren Kurs steuert. Das ist die Situation in Frankreich. Ich glaube sie Ihnen ziemlich richtig wiedergegeben zu haben. Diese innenpolitische Situation wirkt sowohl auf das Verhältnis Frankreich zu Deutschland

7 Am 24./25. Februar 1953 (vgl. AdG 1953 S. 3883).

8 Vgl. AdG 1953 S. 3904.

9 Seit 7. Januar 1953 französischer Außenminister (vgl. AdG 1953 S. 3813).

auf den verschiedensten Gebieten wie aber auch auf die europäische Frage in sehr entscheidender und nicht förderlicher Weise ein.

Wie lange das so bleiben wird, wie lange auch der Gegensatz innerhalb des französischen Kabinetts sich ertragen läßt vom Kabinett selbst, das können wir nicht beurteilen. Jedenfalls ist die Situation so, daß man damit rechnen kann, daß irgendwelche innenpolitischen Auseinandersetzungen heute oder morgen oder übermorgen Veränderungen dort zur Folge haben werden.

Sie wissen aus der Presse, daß Herr Bidault über das Ergebnis in Rom angeblich Mitteilungen gemacht hat, die dem Communiqué, das herausgegeben worden ist, und den Äußerungen von mir sehr stark widersprechen.¹⁰ Dieses in Rom herausgegebene Communiqué war von einer Redaktionskommission – der zwei Mitglieder eines jeden Landes und einer jeden Delegation angehörten – sehr genau, Wort für Wort überlegt und beschlossen worden. Es ist dann dem Ministerrat vorgelegt worden. Es sind ein paar kleine Änderungen, in der Hauptsache stilistischer Natur, vorgenommen worden. Dann ist es von allen Beteiligten genehmigt worden.

Ich muß zur Entschuldigung von Bidault folgendes sagen: Seine Äußerungen in Paris und auch in Rom haben zwar mit dem Inhalt dieses Communiqués nicht übereingestimmt, aber namentlich die amerikanischen Presseagenturen, die seine Äußerungen verbreitet haben, haben – wie das in der Natur des Journalismus liegt – die krassesten Worte, die er gesagt hat, besonders hervorgehoben und die anderen Worte weggelassen, so daß sich da eine Liniengleichung ergab, die schlechter war, als er es selbst gewollt hat.

Aber ich darf Ihnen aus der Konferenz doch folgendes sagen, damit Sie sehen, wie Worte vorher, in der Konferenz und auch nachher manchmal verschieden wirken. Herr de Gasperi hat Herrn Bidault folgende Frage gestellt: Sie wollen die Zusatzprotokolle. Ich will in der nächsten Woche meiner Kammer die Gesetzentwürfe vorlegen. Ich werde dann gefragt werden, wie ist es mit den französischen Zusatzprotokollen. Ich muß dann sagen können, diese Zusatzprotokolle stehen im Einklang sowohl mit den Worten wie mit dem Sinn der abgeschlossenen Verträge. Kann ich das erklären? Antwort Bidaults: Ja!

Nachher hat man dann in der Pariser Luft – die war anders als die römische Luft – gewisse Abschwächungen oder Veränderungen vorgenommen. Sie sehen aus dieser Frage de Gasperis und aus der Haltung der fünf Teilnehmer an der Konferenz, mit Ausnahme des Franzosen – wenn ich von der späteren Haltung Bidaults ausgehe –, daß sie alle fünf ein einmütiges Bekennntnis zu den Verträgen und zu Europa abgegeben haben.

Wenn Sie noch hinzunehmen – ich bitte aber um Gottes willen darum, diese Dinge nicht an die Öffentlichkeit gelangen zu lassen, weil wir sonst der deutschen Sache schaden –, daß Großbritannien und die Vereinigten Staaten von Nordamerika auf demselben Standpunkt stehen, dann haben Sie das wohl lange, lange Zeit nicht

10 Vgl. FAZ vom 7. März; vgl. Anm. 7.

mehr dagewesene Schauspiel, daß Frankreich in einer entscheidenden Frage absolut isoliert dasteht.

Damit komme ich zu der Frage, was soll nun geschehen. Die Vereinigten Staaten und Großbritannien sind der Auffassung, die anderen fünf EVG-Länder sollten so schnell wie möglich die Verträge fertig machen, damit Frankreich allein dastehe. Dann werde Frankreich diesem moralischen Druck und den Vorstellungen, insbesondere seitens der Vereinigten Staaten und Großbritanniens, nicht widerstehen können. Ich glaube, daß das richtig ist. Dann werden wir auch im März die Sache bei uns vollenden können.

Belgien und Luxemburg scheinen aber abwarten zu wollen, was Frankreich tut. Holland fühlt sich unabhängiger und wird wohl voranmachen. Italien – de Gasperi – wollte es vor den Wahlen machen. Das Parlament macht aber schon bald Schluß, weil es im Juni die Wahlen hat.¹¹ Hoffentlich gelingt es ihnen, die Verträge noch zu erledigen.

Ich darf noch hinzusetzen, daß vorgestern in der Ministerkonferenz in Straßburg sich wieder sehr deutlich bemerkbar gemacht hat, daß – von Frankreich ausgehend – eine gewisse Zurückhaltung zu beobachten war gegenüber dem Zusammenschluß Europas.¹² Von Frankreich ging es aus. Die Beneluxstaaten, die kleinen Länder, fürchten, daß sie, wenn sie zuviel Souveränitätsrechte preisgeben, überhaupt nichts mehr zu bedeuten hätten. Sie sagen: Ihr großen Länder werdet kraft eurer Größe und eures politischen und wirtschaftlichen Schwergewichtes immer etwas zu bedeuten haben; wir aber nicht. Deswegen wollen sie Sicherungen.

Sie sehen daraus, daß die Straße, die zu Europa führt, wirklich sehr steinig ist und nur sehr mühsam zurückgelegt werden kann.

De Gasperi und ich haben in Straßburg mit Erfolg eine Klippe umschifft. Es war von den anderen Staaten der Wunsch geäußert worden, daß vor der Ministerkonferenz, für die der 12. Mai in Aussicht genommen wurde, die sich mit der Arbeit der Ad-hoc-Versammlung zu beschäftigen hat, eine Konferenz der Ministerialbürokratie stattfinden soll. Die Ministerialbürokratie ist in allen Ländern vollkommen parallel arbeitend in gewisser Hinsicht. Sie denkt eben nicht politisch. Aber hier handelt es sich um politische Fragen. Ich will Europa, oder ich will es nicht. Wenn ich Europa will, dann muß ich über die anderen Dinge hinwegkommen. Der eine muß hier nachgeben, der andere da.

Es ist folgendes Procedere beschlossen worden, daß das Sekretariat der Montanunion – und de Gasperi scheint mehr vom europäischen Geist erfüllt zu sein als die Ministerialbürokratie der sechs Länder –, das sich entsprechend verstärken kann, die Arbeit der Ad-hoc-Versammlung analysiert nach der politischen Seite, d.h. die

11 Die Neuwahlen in Kammer und Senat fanden am 7. und 8. Juni 1953 statt (vgl. AdG 1953 S. 4025).

12 Außenministerkonferenz der EGKS-Staaten am 9. März 1953. Vgl. ADENAUER: Teege-spräche S. 414–421 (Nr. 41 vom 10. März 1953); EUROPA-ARCHIV 8 (1953) S. 5653–5683.

entscheidenden politischen Fragen zusammenstellt. Dann soll die Ministerkonferenz – man wird nicht mit einer auskommen, es werden mehrere folgen – zu den politischen Fragen Stellung nehmen.

Letzten Endes ist es natürlich Sache der Parlamente der sechs Länder, die Entscheidung zu treffen, ob man dieses europäische Statut annehmen oder nicht annehmen will. In der Ad-hoc-Versammlung hat in einer sehr eindrucksvollen Zeremonie Herr Spaak¹³ – der eine inhaltlich wie stilistisch und auch, was die Vortragsweise angeht, glänzende Rede für Europa hielt – dem jetzigen Vorsitzenden des Ministerrats, der alle drei Monate wechselt, Herrn Bidault, den fertiggestellten Entwurf übergeben. Herr Bidault hat das Ganze mit einer gewissen trockenen Begeisterung – so will ich sie mal nennen, wenn ich das Wort Begeisterung überhaupt hier anwenden darf – entgegengenommen.

Die Rede Bidaults hat in der Ad-hoc-Versammlung kein freudiges Echo gefunden. Sie hat Echo gefunden, aber kein freudiges. Ich weiß noch nicht, was in Straßburg herauskommt. Es ging am Montag abend die Absicht um in der Ad-hoc-Versammlung, sich als Antwort auf die Rede Bidaults in Permanenz zu erklären, also einen revolutionären Akt zu vollziehen. Ich hätte nichts dagegen. Auf alle Fälle werden wir diese politischen Kräfte, die in der Ad-hoc-Versammlung von allen Ländern her sehr stark lebendig sind, zur Mitarbeit bei unseren Beratungen heranziehen müssen.

In Straßburg war man – ich freue mich besonders, das hier sagen zu können – allgemein des Lobes voll über unseren Freund Brentano. Mir ist sicher von einem halben Dutzend von Leuten – nicht von Deutschen – erklärt worden, daß Herr von Brentano durch seine Zähigkeit, seine Geschicklichkeit und seine Überzeugungskraft, die er bei der ganzen Angelegenheit zeigt, einen ganz großen Anteil an dem Verdienst habe, daß dieses Werk wenigstens diese Stufe jetzt erreicht hat.¹⁴

Um so beschämender ist es, daß in der Ad-hoc-Versammlung kein deutscher Sozialist anwesend war. Ich muß sagen, ich habe als Deutscher das in höchstem Maße als beschämend empfunden, daß ausgerechnet die Deutsche Sozialdemokratische Partei so ostentativ abwesend gewesen ist. Sie wissen, daß sie sich an den Arbeiten überhaupt nicht beteiligt hat, obgleich ihr vorher ausdrücklich zugesichert worden war, daß ihre Mitarbeit nicht als Zustimmung zum EVG-Vertrag gedeutet werden könnte. Aber nein, absolut hält sie sich von diesen Dingen fern und schaltet sich von selber aus.

13 Dr. Paul Henri Spaak (1899–1972), belgischer Politiker; 1938–1939, 1946 und 1947–1949 Ministerpräsident, 1946–1949, 1954–1957 und 1961–1966 Außenminister, 1952–1954 Präsident der Gemeinsamen Versammlung der EGKS, 1957–1961 Generalsekretär der NATO. Vgl. Beate SCHNEIDER: Propagandist und Staatsmann, in: PERSÖNLICHKEITEN S. 411–454.

14 Heinrich von Brentano hatte die Leitung einer Ad-hoc-Kommission (der Ad-hoc-Versammlung), die am 22. September 1952 zusammentrat, um einen Vertragsentwurf über die Gründung einer Europäischen Politischen Gemeinschaft zu erarbeiten. Vgl. BARING: Bundeskanzler S. 116–120.

Das eine kann ich Ihnen sagen: Ich habe merkwürdigerweise ein ganz gutes Verhältnis zu den Sozialisten anderer Länder. (*Heiterkeit.*) Meine Herren! Es ist wirklich so! (*Wuermeling:* Wir freuen uns ja darüber!)

Was die Sozialisten anderer Länder mir gegenüber an Kritik über die deutschen Sozialisten gesagt haben und wie sie das Verhalten der deutschen Sozialisten beurteilen, das war eine sehr deutliche und klare Sprache.

Ich darf Ihnen nun sagen, wie ich die Aussichten des EVG-Vertrages und des General-Vertrages beurteile. Das Schicksal dieses ganzen Vertragswerkes liegt, so weit man das beurteilen kann, in den Händen Großbritanniens. Wenn Großbritannien eine Stellung einnimmt und Erklärungen abgibt, die die französischen Sozialisten befriedigen, werden die französischen Sozialisten mittun. Unter den französischen Sozialisten ist es etwa so – diese Weisheit kommt jetzt aus Straßburg, sie stammt nicht von deutscher Seite –: In der etwa 100 Mann starken sozialistischen Kammerfraktion Frankreichs gibt es 20 Leute, geschart um Julius Moch¹⁵, die hundertprozentige Gegner Europas sind. Es gibt etwa 20 Leute, die ebenso unentwegte Freunde Europas sind. Die übrigbleibenden 60 – wenn Sie 20 links und 20 rechts abgezogen haben – lassen sich, wie das nun in politischen Parteien und Fraktionen häufig der Fall ist, beeinflussen von der Haltung Englands.

Ich habe aus britischer Quelle die Mitteilung, daß die Forderungen, mit denen die Vertretung der französischen Regierung in London erschienen ist, wirklich unannehmbar waren. Man hat mir das auseinandergesetzt. Sie werden es mir erlassen, das wiederzugeben; das darf ich nicht. Aber es gehört allerhand dazu, mit solchen Forderungen an Großbritannien heranzutreten.

Es wurde mir weiter gesagt, daß die Forderungen der französischen Sozialisten sehr viel maßvoller seien. Sie wurden mir – hoffentlich richtig – von britischen hohen Beamten mitgeteilt. Ich habe Herrn Eden sagen lassen, wir Deutsche würden alles begrüßen, was Großbritannien tun könne, um näher an die ganze Geschichte heranzurücken, und er möchte das um Gottes willen tun.

In diesem Kreise kann ich es sagen: Es ist mir sehr lieb, wenn Großbritannien in der zukünftigen EVG einen gewissen Einfluß hat, damit wir mit den mehr oder weniger hysterischen Franzosen nicht allein sind. Da ist es mir lieber, wenn die Engländer als Halbpartner mit dabei sind. Ich hoffe, daß Großbritannien so weit geht, daß die französischen Sozialisten zustimmen.

Aber es ist mir übereinstimmend in Paris gesagt worden, daß man damit rechnen müsse, daß Frankreich erst im Herbst ratifizieren würde. Und damit komme ich zu dem ernstesten Aspekt der ganzen Situation. Wenn Frankreich erst im Herbst 1953 ratifiziert, dann haben wir wiederum ein ganzes Jahr verloren; denn es war bei der Unterzeichnung des Bonner Vertrages und des Pariser Vertrages im Mai des

¹⁵ Jules Moch (geb. 1893), französischer Politiker (Sozialist); 1947, 1949–1950 und 1958 Innenminister, 1950–1951 Verteidigungsminister, 1951–1961 Ständiger Vertreter in der Abrüstungskommission der Vereinten Nationen.

vergangenen Jahres allgemein die Annahme vorhanden, auch bei Herrn Schuman, daß die Vollendung, d.h. die Ratifizierung des Vertragswerkes etwa im August/September des Jahres 1952 vorliegen würde.

Nun komme ich zu Sowjetrußland. Es hilft ja nun nichts, daß wir Vogel-Strauß-Politik treiben und den Kopf in den Sand stecken. Ich habe mir eine Gegenüberstellung machen lassen und habe sie in Rom vorgetragen, ein Tableau, und zwar auf der einen Seite das, was seit 1950 – das war das Anfangsjahr – der Westen getan hat, und auf der anderen Seite, was seit 1950 Sowjetrußland getan hat. Auf der Seite des Westens finden Sie eine ganze Reihe von Konferenzen verzeichnet. Diese ganzen Konferenzen haben noch nicht zuwege gebracht, daß auch nur ein europäischer Soldat auf den Beinen steht.

Auf der russischen Seite finden Sie – ich möchte nur die wesentlichsten Punkte hervorheben –, daß die Russen seit 1950 die Zahl ihrer gegen den Westen gerichteten Divisionen um rund 50 erhöht haben, daß sie die Zahl der Brücken über die Oder und die Weichsel erheblich vermehrt haben, daß sie in den Satellitenstaaten 70 Divisionen stehen haben, die – und das ist das Entscheidende – mit den modernsten Waffen versehen sind; während man es noch vor einem Jahr, sicher vor eineinhalb Jahren, noch nicht riskiert hat, die Divisionen in den Satellitenstaaten mit den modernen Waffen zu versehen.

Weiter kommt hinzu: Es ist ganz unzweifelhaft, daß die Russen Atomwaffen haben; wieviel, weiß man nicht. Aber bei den ganzen Überlegungen, die natürlich immer wieder angestellt werden über die von Rußland her drohende Gefahr, spielt das Öl eine große Rolle. Sie wissen, daß die Produktion an Naturöl in Sowjetrußland nicht sehr groß ist und daß die russischen Hauptfelder in Kaukasien von der Türkei aus in einer Nacht mit Atombomben vernichtet werden können. Aber es hat sich jetzt herausgestellt, daß die Russen eine solche Anzahl von Fabriken für synthetisches Öl im Bau haben, daß man annehmen kann, sie werden etwa im Jahr 1955 genügend Öl haben, um einen Krieg riskieren zu können. Das ist eigentlich mit der bedrohlichste Punkt in der ganzen Übersicht, die ich Ihnen zu geben habe.

Der Tod Stalins¹⁶ ist ein Ereignis, das die Friedensaussichten nicht erhöht. Die Kenner Moskaus, wozu ich insbesondere ausländische Diplomaten rechne, waren sich darüber einig, daß, solange Stalin lebte, kein heißer Krieg kommen würde. Er wußte, was auf dem Spiel stand, und vor allem – wir haben das ja nachträglich gesehen – war er ein kranker Mann, der den Anforderungen und Aufregungen eines Krieges körperlich und damit auch seelisch nicht mehr gewachsen war. Daher war sein Leben eine gewisse Garantie, daß der heiße Krieg nicht kommen werde. Er hat ja auch in dem bekannten Aufsatz im „Bolschewik“, von dem Sie wissen, und auf

¹⁶ Am 5. März 1953.– Jossif Wissarionowitsch Stalin (1879–1953), 1922–1953 Generalsekretär des ZK der KPdSU, seit 1941 Vorsitzender des Rats der Volkskommissare, 1943 Marschall, seit 1946 Vorsitzender des Ministerrats.

dem Moskauer Parteitag ganz offen ausgesprochen, man solle ruhig abwarten, der Westen werde sich ja doch nicht zusammenfinden¹⁷. Und der Westen – lassen Sie mich das hier einschieben – hat bisher in seiner Politik alles getan, um diese Aussage Stalins als richtig zu erweisen.

Es ist sehr schwer, über die Verhältnisse des obersten Kreises in Sowjetrußland etwas Bestimmtes zu sagen. Das Bild Malenkows¹⁸ schwankt. Mir scheint, daß ein Vorgang, der die ganze Situation sehr gut schildert, hier gar nicht beachtet worden ist, wie ich in Straßburg feststellen mußte, nämlich die Tatsache, daß man Stalins Leiche seziert hat und daß der Gesundheitsminister und die behandelnden Ärzte nach der Sezierung die öffentliche Erklärung abgegeben haben, daß der erste Schlaganfall Stalins absolut tödlich gewesen sei.

Wenn Sie dazu noch halten, daß man mit einer geradezu für einen Nichtmediziner erschütternden Genauigkeit den Krankheitsverlauf immer bekanntgegeben hat bis zu den Pulsschlägen und Atemzügen usw., dann scheint mir ganz klarzu liegen, daß jeder den anderen dort fürchtet und daß zunächst diejenigen, die mit Stalins Krankheit und seiner Behandlung direkt zu tun hatten, sich zunächst einmal ein Alibi verschaffen wollten, daß der erste Schlaganfall tödlich war, so daß ihnen kein Mensch nachher sagen konnte, du hast ihn umgebracht oder nicht richtig behandelt nach dem bekannten Muster. Daraus kann man – und das liegt in der Natur der Sache – schließen, daß unter den obersten Machthabern sehr starke Rivalitäten – um einen milden Ausdruck zu gebrauchen – herrschen und daß wahrscheinlich innere Auseinandersetzungen in diesem Kreis noch kommen werden.¹⁹

Ich darf in diesem Zusammenhang daran erinnern, daß man über Stalin auch in der deutschen Presse so großartige Nachrufe und Schilderungen gebracht hat, daß man sich geradezu schämt, weil Stalin seine sämtlichen Freunde umgebracht (*Zurufe: Sehr richtig!*) und daß er dazu sechs Jahre gebraucht hat, bis der letzte erledigt gewesen ist.

Nun bietet eine solche innere Uneinigkeit, die mit großer Wahrscheinlichkeit vorhanden ist, nach der einen Seite eine gewisse Sicherung und Beruhigung für uns, aber auch nach der anderen Seite eine gewisse Beunruhigung. Ich will aus dem

17 Gemeint ist der Artikel „Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR“ vom Oktober 1952 (vgl. EUROPA-ARCHIV 7 (1952) S. 5303–5317). – Zum 19. Parteitag der KPdSU vom 5.–14. Oktober 1952 vgl. AdG 1952 S. 3693f.

18 Georgij Maximilianowitsch Malenkov (geb. 1902), 1939–1957 Mitglied des ZK, bis 1953 ZK-Sekretär und Leiter der Kaderverwaltung, 1946 Mitglied des Politbüros und bis 1953 stv. Vorsitzender des Ministerrats, nach Stalins Tod 1953 Vorsitzender des Ministerrats und Erster Parteisekretär, im September 1953 durch Chruschtschow als Parteisekretär und im Februar 1955 durch Bulganin als Vorsitzender des Ministerrats ersetzt, 1957 aller Ämter enthoben.

19 Vgl. Anton KOLENDIČ: Machtkampf im Kreml. Vom Tode Stalins bis zur Hinrichtung Berjas. Bergisch-Gladbach 1983.

Zwischenfall des Abschusses des amerikanischen Düsenflugzeuges²⁰ kein großes Ge- schrei machen, aber es ist sehr leicht möglich, daß Gegner Malenkows durch irgend- einen Zwischenfall, den sie herbeiführen, äußere Verwicklungen versuchen, um diesen Mann wieder zu Fall zu bringen.

Das ist eine sehr ernste Sache, was sich dort ereignet hat. Ich nehme an, daß Sie es gelesen haben; es ist 26 km von der Grenze gewesen. Wir müssen mit Überra- schungen rechnen, die evtl. kommen können. Lassen Sie mich Ihnen mit aller Offenheit sagen: Es stehen auf deutschem Boden zehn angelsächsische Divisionen – amerikanische und englische zusammengenommen –, ich glaube zwei französische Divisionen, eine belgische, eine holländische und ein paar dänische Truppenverbän- de. Das ist alles, was da ist.

Die russischen Düsenbomber können, nachdem man in der Sowjetzone 25 Flug- plätze für sie gebaut hat, in 20 Minuten über Köln und Bonn, in 30 Minuten über Brüssel, Amsterdam und Antwerpen und in einer knappen Stunde über Paris sein.

So ist die Situation; so furchtbar ernst – und wir haben nichts zur Abwehr. Wir haben nicht einmal für die Bevölkerung Flugsicherungen treffen können. Wir liegen einfach offen da. Es ist eine sehr ernste Situation. Wer mit diesen Dingen in irgend- einer Weise verantwortlich zu tun hat, leidet schwer darunter. Unsere ganze Hoff- nung und Rettung liegt nur darin, dafür zu sorgen, daß die amerikanische Politik einen steten Kurs einhält und daß Sowjetrußland weiß, wenn es etwas tut, daß es dann die ganze amerikanische Macht auf dem Halse hat.

Damit komme ich zu den Vereinigten Staaten und zu unserem Verhältnis zu den Vereinigten Staaten und zu dem Verhältnis der Vereinigten Staaten zu Europa. Unser Verhältnis ist durch mehrere glückliche Zufälle, die ich nicht weiter zu er- örtern brauche, durch die Verbindung zu den maßgebenden Leuten, zu Eisenhower und Dulles, ausgezeichnet. Sie wissen, daß ich demnächst nach Washington fahre.²¹ Ich bin davon überzeugt, daß ich mit Eisenhower und Dulles sehr offene und sehr ernste Gespräche zu der ganzen Situation haben werde. Sie wissen auch, daß die Vereinigten Staaten von den wirtschaftlichen, militärischen und menschlichen Eigenschaften der Deutschen eine sehr hohe Meinung haben; Sie wissen aber ebensogut, daß sie die gleiche Meinung von Frankreich haben.

Das nächste Ziel der amerikanischen Politik hat Foster Dulles, als er hier war²², in einer Tischrede – die jeder, der dabei war, niemals vergessen wird – so umrissen: Wir wollen Westeuropa zu einem starken Pfeiler der atlantischen Macht haben, auf

20 Am 10. März 1953 war ein amerikanischer F-84 Düsenjäger von einem tschechoslowaki- schen MIG-15 Düsenjäger auf westdeutschem Gebiet beim Dorf Hundessen in der Ge- gend von Regensburg abgeschossen worden (vgl. AdG 1953 S. 3932).

21 Adenauer traf am 6. April 1953 in New York ein und flog am 7. April nach Washington weiter (vgl. AdG 1953 S. 3946; ADENAUER: Erinnerungen 1 S. 565–580).

22 Dulles war am 5./6. Februar 1953 in Bonn (vgl. AdG 1953 S. 3858f.; ADENAUER: Erinne- rungen 1 S. 552–559).

den wir uns stützen können. Wenn Amerika sieht, daß sich dieses Westeuropa nicht zusammenfindet, daß es nicht dieser starke Pfeiler einer atlantischen Macht wird, dann entsteht eine sehr große Gefahr; denn Amerika betreibt amerikanische Politik; es betreibt weder französische noch deutsche Politik. Das ist ja der Unsinn der Franzosen, daß sie glauben und sagen: Wir können uns nicht vorstellen, daß die Vereinigten Staaten der Bewaffnung Deutschlands zuliebe Frankreich fallenlassen. Eine größere Kinderei als derartige Aussprüche von französischen Parlamentariern habe ich selten gelesen.

Ich wiederhole: Die Amerikaner treiben amerikanische Politik, weder französische noch deutsche. Wenn die öffentliche Meinung in den Vereinigten Staaten feststellt, daß dieses Westeuropa nun eben so, fast möchte ich sagen, degeneriert ist, daß es die Größe der Gefahr, in der alle schweben, nicht sieht und nicht sehen will und nichts tut, dann besteht – ich betone das, ich habe darüber auch mit Foster Dulles ganz offen gesprochen – die sehr große Gefahr, daß die Vereinigten Staaten zu einer peripheren Verteidigung Amerikas übergehen. (*Zurufe: Europas!*) Nein, Amerikas; daß sie von den Ländern Europas Sowjetrußland niederhalten, damit Amerika keinen Schaden erleidet. Was mit dem übrigen Europa geschieht, wird sich dann finden. Aber diese periphere Verteidigung, die – wie ich Ihnen zuverlässig sagen kann – schon seit Jahr und Tag im Pentagon überlegt wird, sieht im wesentlichen vor, die Verteidigung Amerikas auszuführen von Griechenland, der Türkei, von Spanien und England, und zwar sollen diese vier Länder als Flugbasen für Bomber mit Atomwaffen dienen. Was mit uns, Frankreich und Italien – die uns lieb und teuer sind – passieren würde, das kann sich jeder ausmalen.

Das ist die sehr ernste Situation. Und über diese Situation muß man sich klar sein.

Nun haben wir zwar mit Recht Anlaß dazu, über die Franzosen die Hände über dem Kopf zusammenzuschlagen, aber wir haben genauso gut ein Recht dazu, über die deutsche Sozialdemokratie die Hände über dem Kopf zusammenzuschlagen; denn die deutsche Sozialdemokratie muß die Situation genauso sehen, wie wir sie sehen. Es ist bei dem Gespräch, das stattgefunden hat zwischen Foster Dulles, Wehner, Ollenhauer und Carlo Schmid, den Herren von Foster Dulles die Situation so offen und so ernst wie nur denkbar geschildert worden.²³ Sie haben nichts darauf erwidern können, aber sie bleiben bei ihrer parteipolitischen Einstellung.

Ich gebe ohne weiteres zu, es gehört eine gewisse Größe dazu, um – nachdem sich die Sozialdemokratie nun einmal in ihrer Außenpolitik so festgelegt hat – davon wieder loszukommen. Aber es sind genügend Ereignisse eingetreten, die ihnen eine Rechtfertigung dafür gäben. Dazu gehört auch der Wechsel in der amerikanischen Administration. Vorher haben sie in ihrem Vorstand verbreitet, daß Eisenhower eine ganz andere Politik einschlagen würde als Truman. Insbesondere ist es Herr

23 Vgl. AdG 1953 S. 3858f.

Professor Baade²⁴ gewesen, der gesagt hat, Eisenhower würde sich mit Sowjetrußland verständigen. Man würde sich zuerst verständigen über die neuralgischsten Punkte: Deutschland und Korea. Deswegen müsse man den Russen freie Wahlen in Deutschland und in Korea vorschlagen; die müsse man zusammenbinden. Dann würden die Russen darauf eingehen. Dann hätte man ein kommunistisches Korea und ein sozialistisches Deutschland. Natürlich könnte dieses Deutschland in den Westen eingegliedert werden. Es müsse eine nationale Armee bekommen unter der Aufsicht Sowjetrußlands und der Vereinigten Staaten. Die Oder-Neiße-Linie müsse man bis auf weiteres akzeptieren. Man müsse auch den Russen die Befürchtung nehmen, daß man ihnen die Satellitenstaaten wieder nehmen wolle.

Das war die sozialistische Konzeption – ich will nicht sagen aller Sozialisten. Es gibt unter den Sozialdemokraten eine ganze Reihe von Herren – ich weiß das aus zuverlässiger Quelle –, die tief unglücklich sind über die sozialistische Politik.

Das war also die These der Sozialdemokraten im Dezember und in den ersten Januartagen. Es hat sich nun gezeigt, daß die jetzige Administration ganz anders ist, als man angenommen hat. Stalin ist auch gestorben. Dadurch hat sich die Situation auch verändert. Wenn die Sozialdemokraten eine wirkliche Größe hätten, wenn sie sich in erster Linie als Deutsche fühlten und nicht nur als Parteipolitiker, dann, meine ich, müßten sie doch die Möglichkeit haben, nun eine Umkehrung vorzunehmen.

Ich glaube, wir alle würden das nicht nur von ganzem Herzen begrüßen, sondern wir würden auch alles tun, damit ihnen diese Umkehr nicht irgendwie zur Schande gereicht. Wir würden das aus unserer Überzeugung heraus als einen großen Entschluß begrüßen. Aber es ist einfach nicht daran zu denken. Es bleibt dabei. Und das ist so erschütternd – wenn man Europa von Amerika aus betrachtet –, daß in Frankreich diese Zustände sind und daß – wenn auch nicht in demselben Ausmaß und in derselben Ausgeprägtheit wie in Frankreich – auch in Deutschland eine so große Partei wie die Sozialdemokratische Partei offensichtlich den Standpunkt vertritt, diese Verträge nicht abzuschließen.

Ich glaubte, weil wir in so entscheidenden Wochen und Monaten auf dem Gebiete der Außenpolitik stehen, Ihnen diese ganze Situation etwas ausführlicher darstellen zu sollen. Wenn ich nun zu weit gegangen bin, dann entschuldigen Sie es, aber wenn man von einer so wichtigen Frage wie diese: was wird aus dem deutschen Volke und aus Europa – Tag und Nacht erfüllt ist, werden Sie verstehen, daß, wenn man darüber spricht, es etwas ausführlicher tut.

Wenn Sie nun irgendeine Frage zu stellen haben, dann bitte, tun Sie es.

Ich möchte ein Wort zur Saarfrage sagen. Im Gegensatz zu meinem Freund

²⁴ Fritz Baade (1893–1974), Professor für Wirtschaftliche Staatswissenschaften; 1930–1933 MdR (SPD), 1934–1946 Wirtschaftsberater in der Türkei, 1948–1961 Leiter des Instituts für Weltwirtschaft in Kiel, dann Direktor des Forschungsinstituts für Wirtschaftsfragen in Bonn, 1949–1965 MdB.

Kaiser und auch zu meinen Freunden Altmeier und Zimmer bin ich der Auffassung, daß, wie die Dinge in der Welt liegen, die Saarfrage nicht die wichtigste ist. Es ist eine Frage von Bedeutung. Aber in der Saarfrage sitzen wir ziemlich fest.

Mit Herrn Bidault habe ich eigentlich über die Saarfrage kaum einige Sätze bisher gesprochen.²⁵ Er steht den Dingen auch noch ziemlich fremd gegenüber. Er kann sie auch gar nicht so beurteilen, wie sie Herr Schuman beurteilen konnte, der aus der Gegend von Metz stammt. Wir müssen versuchen, innerhalb des Kabinetts und innerhalb der Koalitionsfraktionen unsere Saarpolitik für die Zukunft zu überlegen.

Ich habe gestern eine Besprechung mit Ollenhauer gehabt. Ich habe ihm gesagt: Wir werden die ganze Situation, in der sich unsere Saarpolitik befindet, überprüfen und sehen müssen, zu welchem Ergebnis wir dann kommen. Ich werde mich mit Ihnen darüber unterhalten. Und er hat das absolut akzeptiert. Ich möchte Sie bitten, daß wir die Saarfrage heute weglassen. Das können wir vielleicht bei einer anderen Gelegenheit tun. Es stehen wichtige andere Fragen auf dem Spiel.

WAHLKAMPFFINANZIERUNG

Wir werden uns in der heutigen Parteivorstandssitzung darüber unterhalten müssen, was wir zu der Frage der Stichwahl zu sagen haben. Wir werden über die finanziellen Fragen sprechen müssen. Bei den finanziellen Dingen wird es [sich] namentlich um eine Frage handeln. Deswegen wollte Herr Johnen hier sein. Ich bedaure sehr, daß er nicht hier ist. (*Tillmanns*: Er kommt!) Dann sind wir vielleicht nicht mehr da. Es handelt sich um die Fördergesellschaften²⁶, über die wir reden müssen, damit nicht hinterher, wenn die Sozialdemokraten in den Wahlkampf gehen, es heißt: das sind nur die Industriellen usw. Tatsächlich stehen hinter diesen Gaben etwa 90.000 bis 100.000 Menschen, und es ist nicht so, als wenn uns irgend-eine große Gesellschaft eine Summe auf den Tisch legt.

Diese Fördergesellschaften sind nach den Ländern aufgebaut und haben einen etwas übertriebenen Länderföderalismus in sich, der genährt wird von den Landesparteien. Die Landesparteien – das gilt namentlich für Nordrhein – haben es durchgesetzt, daß die Zentrale von diesen Summen zu wenig bekommt.

Man kann unmöglich einen Wahlkampf für einen Bundestag führen, wenn die Zentrale der verschiedenen Parteien zu wenig Geld bekommt, um diesem Wahlkampf die entscheidenden Akzente zu geben. Darüber muß Herr Lenz noch berichten. Dieser Wahlkampf kann nicht von jedem Land für sich geführt werden.

Das ist einer der entscheidenden Punkte, mit denen wir uns heute zu beschäfti-

25 Adenauer hatte mit Bidault am 26. Februar (vgl. BULLETIN Nr. 39 vom 27. Februar 1953; AdG 1953 S. 3889) und am 9. März 1953 gesprochen (vgl. AdG 1953 S. 3904; Jacques FREYMOND S. 147).

26 Vgl. Nr. 12 Anm. 42.

gen haben, weil wir möglichst zu einem Ergebnis kommen sollten, den Ländern zu empfehlen, vernünftig zu sein. Die Länderparteien sollen nicht abhängig gemacht werden von der Bundespartei; aber die Bundespartei darf auch nicht abhängig gemacht werden von den Länderparteien. Da muß ein besserer Ausgleich gefunden werden, als er z.Z. besteht.

Nordrhein-Westfalen macht uns am meisten Sorge, weil unsere meisten Wähler da sitzen und dort das meiste Geld zusammenkommt. Westfalen war bereit, entgegenzukommen. Herr Johnen ... (*Albers*: Herr Johnen sagt, es sei eine Übereinstimmung mit dem Bundesschatzmeister getroffen worden.) Wir haben den Bundesschatzmeister hier; er ist Manns genug zu sagen, was gewesen ist. Das ist eine wichtige Frage.

Eine zweite wichtige Frage, über die wir zu sprechen haben, ist die Aufstellung der Kandidaten. Wir haben in dem Herrn Bundestagspräsidenten einen sehr unparteiischen Zeugen über die Qualität des heutigen Bundestages in allen Fraktionen. (*Ehlers*: Darüber gebe ich erst im September eine Erklärung ab.) Wir können sagen: Jede Qualität kann noch verbessert werden. Dagegen kann kein Mensch etwas sagen. Wir brauchen gerade auf dem Gebiet der Wirtschaft, nachdem Herr Etzel weggegangen ist – ein sehr bedauerlicher Ausfall – eine Reihe von tüchtigen Leuten. Auch Herr Henle²⁷ will nicht weiter kandidieren.

Wir brauchen auch bei den Arbeitnehmern, wenn es so ist, daß der DGB tatsächlich parteipolitisch neutral wird – darüber wird Herr Kaiser berichten können –, noch tüchtige Leute.

Die Grüne Front sorgt mit einer anerkennenswerten Stärke bei allen Fraktionen geschlossen für sich selbst. Hier brauchen wir keine großen Sorgen zu haben.

Wir müssen uns darüber unterhalten, wie es möglich sein kann, daß die Landesparteien und die Kreisparteien in einem gewissen Sinne sich beeinflussen lassen, bestimmte Kandidaten aufzustellen.

Damit möchte ich einstweilen schließen. Damit wir uns nicht zu sehr verlieren, glaube ich, ist es richtig, daß wir zunächst Herrn Lenz bitten, das Wort zu nehmen. (*Lenz*: Vielleicht gibt Herr Bach zunächst über die Ziffern eine Übersicht!)

Kaiser: Können wir nicht so verfahren, daß wir über die Fragen, über die wir einig sind, nicht sprechen; z.B. die Frage der Verträge, über die wir uns alle einig sind. Ich möchte aber die Frage stellen, ob wir nicht über die Saar sprechen sollen. Ich habe die Bitte, daß wir das nicht mehr auf die lange Bank schieben sollen, sondern daß wir zu einer Klarheit kommen. Daß die Frage heute nicht zu lösen ist, wissen wir. Aber wir müssen zu einer Übereinstimmung miteinander kommen, damit es keine Differenzen gibt.

²⁷ Dr. Günter Henle (1899-1979), 1947-1949 Mitglied des Frankfurter Wirtschaftsrates (CDU), 1949-1953 MdB, 1952-1953 Mitglied der Gemeinsamen Versammlung der EGKS (Erinnerungen: Weggenosse des Jahrhunderts, hier S. 115f.).

Adenauer: Die heutige Vorstandssitzung hat einen bestimmten Zweck. Sie ist dazu einberufen worden, damit wir zu folgenden Fragen Stellung nehmen: Wahlrecht, Verteilung des Geldes, Parteitag in Hamburg und Aufstellung der Kandidaten für den Bundestag.

Die allgemeine Übersicht habe ich Ihnen gegeben, weil ich glaubte, daß es nötig war, um zu sehen, wie die Situation ist.

Tillmanns: Ich habe eine Nummer der sowjetamtlchen ostzonalen Zeitung mit einem Bericht über den Tod Stalins mitgebracht.²⁸ Ich bitte Sie, im Laufe des Tages einen Blick in diese Zeitung zu werfen, damit Sie einen Eindruck von dem bekommen, was dort zum Tode Stalins gesagt wird. Ich lese Ihnen aus der großen Trauererklärung des Zentralkomitees der SED nur einen Satz vor: „Das Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands gelobt an der Bahre des großen unsterblichen Führers: Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands wird ihre Anstrengungen vervielfachen, um die Sache von Marx, Engels, Lenin und Stalin in ganz Deutschland zum Siege zu führen.“

Ich bitte, dieser Erklärung doch immerhin eine gewisse Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Adenauer: Ich glaube wir können zu der Finanzfrage übergehen. Das Wort hat Herr Bach.

Bach: Ich habe einen Etat für dieses Jahr aufgestellt für die laufenden Ausgaben und für die eigentlichen Ausgaben des Wahlkampfes in Höhe von 11,5 Millionen DM. Von diesen 11,5 Millionen habe ich nur bewilligt bekommen sechs Millionen DM. Das ist mit sehr starken Kämpfen verbunden gewesen. Wir müssen damit rechnen, daß wir mit diesen sechs Millionen den Wahlkampf insgesamt nicht gerade vollkommen werden führen können.

Für die laufenden Ausgaben der Organisation auf Bundes-, Landes- und Kreis-Ebene sind vier Millionen bewilligt und für den eigentlichen Wahlfonds zwei Millionen. Diese letzte Zahl ist sehr niedrig, wenn Sie berücksichtigen, daß wir insgesamt 195 Bundestagswahlkreise haben. Somit stehen für den Wahlkampf für jeden Bundestagswahlkreis von oben nach unten je ganze 10.000,- DM zur Verfügung.

Die vier Millionen werden für die laufenden organisatorischen Arbeiten zur Verfügung gestellt. Wir haben mit den Landesgeschäftsführern besprochen – ich bedaure, daß Herr Heck nicht hier ist –, von diesen sechs Millionen für die laufenden Ausgaben der Zentrale, einschließlich des Parteitages und sonstiger Vorkommnisse, eine Million und den Landesverbänden drei Millionen zur Verfügung zu stellen. Diese drei Millionen sind auf der Landesebene aufgeteilt worden unter Zustimmung sämtlicher Landesgeschäftsführer.

Ich weiß nicht, ob Sie die Zahlen kennen. Ich darf sie Ihnen bekanntgeben:

28 Zitat aus dem Telegramm des Zentralkomitees der SED an das Zentralkomitee der KPdSU vom 6. März 1953 nach „Neues Deutschland“ vom 7. März 1953.

Schleswig-Holstein	DM 250.000,-
Hamburg	DM 200.000,-
Bremen	DM 54.000,-
Niedersachsen	DM 450.000,-

Adenauer: Wenn Sie das Material haben wollen, kann es geschrieben werden, und Sie bekommen es nachher.

Bach: Die Landesverbände haben es bekommen! Den Landesverbänden wurden 3.069.000,- DM zur Verfügung gestellt. Demgegenüber stand eine Million für die gesamte Arbeit der Zentrale zur Verfügung. Die Zentrale war der Ansicht, daß sie die zwei Millionen des Wahlfonds für sich haben müßte, um den Wahlkampf gut vorbereiten und durchführen zu können.

Die Bundesgeschäftsstelle hat für die Ausgaben des Wahlkampfes – Plakataktion, Filmpropaganda usw. einen Etat aufgestellt und kommt zu einem Betrag von 2.645.000,- DM. Das ist der Betrag nur für die Propaganda und Organisationsarbeit für den Wahlkampf. (*Wuermeling:* Neben den laufenden Kosten!) Die laufenden Ausgaben für das Jahr 1953 betragen 969.920,- DM. Darin ist der Parteitag enthalten. Das hat Herr Heck aufgestellt. (*Pferdmenges:* Monatlich 100.000,- DM.) Die Unterteilung dieser Summe von 2.645.000,- DM für den Wahlkampf sieht so aus:

Redner	DM 20.000,-
Tonpropaganda	DM 205.000,-
Filmpropaganda	DM 60.000,-
Flugblätter	DM 360.000,-
Zentrale Plakatierung	DM 730.000,-
Wahlzeitung	DM 560.000,-
Rednereinsatz	DM 250.000,-
Diapositivwerbung	DM 160.000,-
Reserve	DM 300.000,-

Wenn wir den Landesorganisationen drei Viertel der laufenden Beträge zur Verfügung gestellt haben mit 3.069.000,- DM, so sind wir der Ansicht, daß die Zentrale neben der einen Million für die laufenden Ausgaben die zwei Millionen haben muß. Das war die ursprüngliche Auffassung, die auch die Landesgeschäftsführer akzeptiert haben.

Dann kam es zu einer Absprache mit den Landesverbänden Nordrhein und Westfalen. Hierbei stellte sich der Förderverein von Nordrhein-Westfalen wie die Landesverbände auf den Standpunkt: Die Wahlgelder gehören auch in die Ebene der Landesverbände. Das macht für Nordrhein-Westfalen allein 720.000,- DM Wahlgelder aus, nachdem es über eine Million für laufende Ausgaben bekommt, so daß von dem Gesamtaufkommen von sechs Millionen in Nordrhein-Westfalen 1.750.000,- DM verbleiben würden, also fast ein Drittel des Gesamtaufkommens.

Daß damit die anderen Landesverbände und die Zentrale zu kurz kommen, ist klar; denn damit ist eine Reihe von Ländern bei der Durchführung des Wahlkampf-

fes gefährdet. Ich habe auf die Dinge aufmerksam gemacht, aber weder die Fördervereine noch der Landesvorstand von Nordrhein war bereit, Konzessionen zu machen. Die einzige Konzession, die ich erreichen konnte, war die, daß Nordrhein und Westfalen sich verpflichtet haben, von diesen 720.000,- DM Wahlgelder an die Zentrale 25 % abzuführen. Das würde für Nordrhein-Westfalen 180.000,- DM bedeuten. Für das gesamte Bundesgebiet bedeutet das, daß die Bundesgeschäftsstelle 500.000,- DM für die Durchführung des Wahlkampfes zur Verfügung hätte. Wir benötigen aber über drei Millionen.

Wir müssen erreichen, daß sich die Landesverbände mit dem Etat, der von den Landesgeschäftsführern besprochen worden ist, zufriedengeben. Die Flugblätter, die Tonpropaganda, die Plakataktion – es muß z.B. in Kiel das gleiche Plakat kleben wie in Konstanz –, das sind Angelegenheiten, die nur von oben gesteuert werden können.

Es geht um eine Aufteilung von 50:50.

Danach hätte die Zentrale für die laufenden Ausgaben zwei Millionen zur Verfügung. Das war unser ursprünglicher Vorschlag. Durch die Vorkommnisse in Nordrhein-Westfalen ist aber die Sache ins Schwanken geraten.

Wir müssen uns im Parteivorstand darüber klarwerden, ob wir zu dieser ursprünglichen Auffassung wieder zurückkehren können. Ich darf Ihnen die Summen bekanntgeben:

Schleswig-Holstein	DM 250.000,-
Hamburg	DM 200.000,-
Bremen	DM 54.000,-
Niedersachsen	DM 450.000,-
Westfalen	DM 540.000,-
Rheinland	DM 495.000,-
Mittelrhein	DM 195.000,-
Pfalz	DM 100.000,-
Hessen	DM 350.000,-
Nordbaden	DM 120.000,-
Nordwürttemberg	DM 180.000,-
Württemberg	DM 80.000,-
Südbaden	DM 100.000,-

Altmeier: Sie müssen einen neuen Landesverband machen! (*Zurufe:* Das geht viel zu schnell!)

Adenauer: Damit kein Mißverständnis eintritt. Das Wort von Herrn Bach: das gleiche Plakat muß in Kiel wie in Konstanz kleben – ist nur cum grano salis zu nehmen. Man kann das nicht über einen Leisten scheren. Die ganze Propaganda muß auch gewisse lokale und regionale Züge zeigen; sonst geht die Sache schief. Aber richtig ist an dem, was er gesagt hat, daß einige wesentliche, entscheidende Sachen tatsächlich überall wiederkehren. (*Pferdmenges:* Aus dem Zahlenmaterial sind die wenigsten klug geworden; so schnell ging das, Herr

Bach!) Meine Damen und Herren! Es hat keinen Zweck, daß wir hier nun in die Details einsteigen. Wir sollten uns auf folgende Frage beschränken: Ist der Vorstand, verstärkt durch die Landesvorsitzenden, der Auffassung, daß die Zentrale für den Bundestagswahlkampf einen Betrag von zwei Millionen braucht? Ja oder nein?

Wenn wir zu der Auffassung kommen, ja, dann müssen unter den beteiligten Kreisen Sonderverhandlungen stattfinden. Etwas anderes können wir heute hier nicht machen.

Tillmanns: Der geschäftsführende Vorstand hat mit der Bundesgeschäftsstelle versucht, eine Art Kostenvoranschlag zu machen für die Propagandaarbeit zur Bundestagswahl, soweit sie von der Zentrale aus gemacht werden muß. Wir sind davon ausgegangen, daß selbstverständlich eine vernünftige Aufgabenteilung zwischen den Landesverbänden und Kreisen auf der einen Seite und der Zentrale auf der anderen Seite vorgenommen werden muß.

Die angesetzten Beträge von 360.000,- DM für die zentralen Flugblätter, die 730.000,- DM für die zentrale Plakatierung, die 160.000,- DM für die Diapositivwerbung usw. sind nach unserer Auffassung zu wenig. Aber wir haben versucht, zunächst einmal ein Mindestmaß festzusetzen.

Diese Summe beläuft sich auf 2.645.000,- DM, die Herr Bach auch genannt hat. Darin ist aber nicht die laufende Finanzierung für die Sach- und Personalausgaben der Bundesgeschäftsstelle einbegriffen.

Ich möchte darum bitten, daß der Vorstand zustimmt, daß die Mittel zentral eingesetzt werden. Das würde bedeuten, daß uns rund sechs Millionen zur Verfügung stehen. Daraus würde dann für [!] die Bundesgeschäftsstelle rund die Hälfte – eine Million und zwei Millionen – benötigen, und die übrigen drei Millionen ständen den Landesverbänden zur Verfügung.

Es ist also die Frage, ob wir uns verständigen können, daß dieser Gesamtbetrag von sechs Millionen halb und halb geteilt wird zwischen der Zentrale und den Landesverbänden.

Adenauer: Herr Lenz hat das Wort.

Lenz: Den Etat der Bundesgeschäftsstelle habe ich nochmals genau überprüfen lassen. Eine Summe von zwei Millionen für die allgemeine Propaganda ist das Minimum dessen, was die Bundesgeschäftsstelle haben muß, um einen wirksamen Wahlkampf zu führen. Es sind nur vier große Plakate vorgesehen. Jedes Plakat kostet 120.000,- DM.

Ich möchte in diesem Zusammenhang nur nebenbei bemerken, daß das Plakat mit dem Russen vor dem Kölner Dom in Karlsruhe verboten worden ist. Ein Ausschuß in Karlsruhe hat erklärt, das wäre ruhestörend. Das sollte es auch sein, aber daß man so etwas verbietet und ausgerechnet in Karlsruhe, ist doch eine erstaunliche Angelegenheit.

Die ganze Plakataktion ist bisher von mir getragen worden. (*Adenauer:* Wer hat das verboten?) Ein Ausschuß, bestehend aus drei Stadtverordneten, der darüber

bestimmt, ob ein Plakat angeklebt werden kann. Der CDU-Vertreter war bedauerlicherweise nicht da, und die SPD hat sich mit dem DVP-Mann darüber geeinigt, daß das Verbot durchgeführt werden soll.²⁹ (*Adenauer*: Wofür haben wir ein Bundesverfassungsgericht?) Die Bundesgeschäftsstelle hätte nur die Möglichkeit, vier Plakate zu machen. Der eingesetzte Betrag für die Flugzettel, die Flugblätter usw. ist nach unserer Erfahrung zu niedrig. Wir müssten uns darauf wappnen, daß von der Opposition dauernd neue Behauptungen aufgestellt werden, die wir schlagartig erwidern müssen.

Wenn nicht ein gewisser Spielraum für die Bundesgeschäftsstelle da ist, ist es nicht möglich, den Wahlkampf zu führen.

Für die überparteiliche Arbeit, die seit Monaten läuft, habe ich zwei Millionen eingesetzt. Die kommen noch hinzu. Das Entscheidende müssen in den letzten drei, vier Monaten die Parteien machen. Ich kann nur nachdrücklichst das unterstützen, was die beiden Vorredner gesagt haben. Das setzt voraus, daß die ganze überparteiliche Propaganda bis zum Juli durchgeführt werden kann.

Herr Bundeskanzler, ich möchte um eins bitten, daß wir im Hinblick auf den Parteitag in Hamburg noch zu einer kurzen Erörterung kommen, was wir propagandistisch in Hamburg machen müssen.

Adenauer: Aber nicht hiermit verquicken. Wir wollen zuerst diese Frage erledigen. Das Wort hat Herr Scharnberg.

Scharnberg: Ich möchte nicht die Frage an Herrn Bach stellen, wie nun die einzelnen Landesverbände, die ihren vollen Satz aufbringen, daran Anteil haben. Ich glaube, wenn ich diese Frage beantwortet bekäme, würde es für diejenigen, die bisher gut hergegeben haben, vielleicht schwer werden, gegen diese Hergabe nicht Einspruch einzulegen. (*Adenauer*: Das habe ich nicht ganz verstanden! – *Zuruf*: Ich auch nicht!) Ich glaube, daß bei denjenigen, die gut an die Zentrale abführen – wenn man die schlechten Abgaben von den anderen sieht –, Schwierigkeiten eintreten werden. (*Adenauer*: Ich glaube, Sie erkennen das Problem!) Die Schwierigkeit, die Herr Bach sieht, liegt darin begründet, daß einzelne Landesorganisationen sich überhaupt sträuben, etwas an die Zentrale abzugeben.

Adenauer: Die Landesverbände geben ja nichts ab, sondern die Förderverbände geben ab nach den Vereinbarungen, die zwischen den Landesparteien und uns getroffen werden. Nun ist für Nordrhein-Westfalen eine Vereinbarung getroffen, die die Zentrale stark benachteiligt. Deswegen brauchen wir uns über die Frage, arbeitet dieser Förderverband besser als jener, nicht zu unterhalten. Wir können uns darauf beschränken: Sind die Aufgaben der Zentrale so wichtig, daß eine Verteilung

29 Es handelte sich um ein Plakat, das im Vordergrund einen russischen Soldaten mit dem Maschinengewehr im Anschlag zeigt, im Hintergrund – wechselnd – Kirchen, Rathäuser, Wohnhäuser usf. Der Text lautet: „Er ist bewaffnet. Wollt ihr ihn haben?“ Das inkriminierte Plakat, das auch als Postkarte in Umlauf gesetzt wurde, diente der Werbung für den Verteidigungsbeitrag.

der Gelder der Förderverbände 50:50 gerechtfertigt erscheint. Die Förderverbände sind dann bereit, dementsprechend zu verfahren.

Scharnberg: Wenn das einigermaßen gleichmäßig gemacht wird, habe ich nichts dagegen. Ich bin der Meinung, daß selbstverständlich die Zentrale die benötigten Gelder haben muß.

Adenauer: Bei der Verteilung an die Landesverbände sind zwei Landesverbände ganz übergegangen worden: der Landesverband Oder-Neiße und die Exil-CDU. Ich habe auch den Ausführungen nicht mit Sicherheit entnehmen können, daß hier auf diesen Sachverhalt Rücksicht genommen worden ist. Es ist keine Gruppe so zentral anzusprechen wie die Vertriebenen. Es muß unter allen Umständen daran gedacht werden, daß wir für dieses große Reservoir von Wählern die entsprechenden Mittel zur Verfügung stellen.

Das Wort hat Herr Albers.

Albers: Selbstverständlich muß die Bundespartei ihre Gelder haben, aber ob dieser Schlüssel von 50:50 richtig ist, möchte ich bezweifeln. Die Bundespartei kann nicht alle Aufgaben übernehmen, die die Länder haben und die Kreisparteien. Die Landesparteien und die großen Kreise haben bei den letzten Stadtverordneten- und Gemeinderatswahlen ihre eigene Methode entwickelt.

Ich weiß nicht, ob das Magnetophonband das ablösen soll, was z.B. in Nordrhein insbesondere vorgesehen ist, nämlich die Ansprachen an die Arbeiterschaft und an andere Gruppen. Ich kann aus meiner Erfahrung sagen, man muß hier eine gewisse Freiheit lassen. Bei der letzten Wahl habe ich in Köln die Erfahrung gemacht, daß wir den Wahlkampf in einer bestimmten Richtung gegen die Kräfte führen müssen, die sich an den Orten unseres Bezirks zeigen. Ich kann mir vorstellen, Herr Bundeskanzler, daß der Herr Görlinger³⁰ und seine Gesellen den Wahlkampf nach einer anderen Methode führen werden. Dazu müssen wir aber genug beweglich sein.

Ich schätze, daß wir für den Wahlkampf in Köln mindestens 60.000,- DM notwendig haben, um überhaupt bestehen zu können. Und jetzt sollen nicht einmal 10.000,- DM pro Kreis zur Verfügung gestellt werden. Es bleiben demnach in Köln etwa 18.000,- DM bis 20.000,- DM hängen. Mit diesen Mitteln kann ich in diesem Bezirk den Wahlkampf nicht so führen, wie es unbedingt notwendig ist.

Wir haben uns im rheinischen Parteivorstand am Samstag mit der Frage beschäftigt. Wir haben den Vorschlag des Herrn Dr. Burgbacher³¹ angenommen. Herr Bach hat den 90.000,- DM für Nordrhein zugestimmt. Der Parteivorstand von

30 Robert Görlinger (1888–1954), seit 1909 SPD, 1919–1933 Stadtverordneter in Köln (Fraktionsvorsitzender), 1947–1949 MdL Nordrhein-Westfalen, Präsidiumsmitglied des Deutschen Städtetages, 1948–1949 und 1950–1951 Oberbürgermeister von Köln, 1949–1954 MdB.

31 In der Vorlage: Burgward. – Dr. Fritz Burgbacher (1900–1978), vor 1933 Zentrum, 1948 CDU, 1952–1967 Vorstandsmitglied des Landesverbands Rheinland, 1960–1967 Bundes- schatzmeister, 1957–1976 MdB, 1958–1977 MdEP, 1973–1976 Vizepräsident des Europäi-

Nordrhein hat am Samstag mit diesen Ziffern gerechnet. Die anwesenden Vorsitzenden des Landes Nordrhein waren mit den Ziffern einverstanden und glaubten, die Voraussetzungen für einen guten Wahlkampf zu haben.

Adenauer: Lassen Sie mich ein Wort zu dieser Frage sagen. Ich bitte Herrn Albers, das nicht übelzunehmen: er entwickelt sich zu einem Föderalisten hervorragender Prägung. (*Albers:* Ich muß das für Köln sagen!) Nein, für Nordrhein! Wir haben keine Landtags- und keine Kommunalwahlen, wir haben Bundestagswahl! Und unsere Partei hat nicht die Geschlossenheit wie etwa die Sozialdemokratische Partei. Infolgedessen muß die Bundeszentrale gewisse Aufgaben erfüllen. Es kann sich hier nicht darum handeln, das Pferd beim Schwanz aufzuzäumen, sondern man muß beim Kopf anfangen.

Bei diesem Wahlkampf, Herr Albers, es tut mir leid, das sagen zu müssen, ist der Kopf die Zentrale. Es kommt darauf an, wieviel Futter wir ihm geben; d.h. welche Aufgaben wollen wir zentral lösen. Es sind vorgesehen vier einheitliche Plakate. Das ist außerordentlich wenig. Wahrscheinlich werden die meisten von Ihnen sagen, es müssen mehr sein.

Die Bundesgeschäftsstelle, der geschäftsführende Vorstand und der Parteivorstand haben bei dieser Wahl Aufgaben zu erfüllen, die eine Landespartei und eine Partei in einer Stadt – selbst wenn diese Stadt Köln heißt – nicht erfüllen kann.

Ich meine daher, wir sollten uns nicht in langen Reden ergehen, was die einzelnen Kreisparteien usw. nötig haben, sondern wir sollten davon ausgehen, daß wir sagen: die und die Beträge sind wirklich notwendig bei der Bundestagswahl, die nun die Zentrale zur Verfügung haben muß.

Das Wort hat Herr Pferdmenges.

Pferdmenges: Wir haben gestern gehört³², daß die SPD ihre Gelder weitgehend zentral einsetzt. Wir haben außerdem gehört, woher die SPD hauptsächlich ihre Gelder für die Wahl bezieht. (*Adenauer:* Zum großen Teil aus der Wirtschaft!) Nein, nur im kleinen; aber aus der Gemeinschaftsbank³³, von den Gewerkschaften und den öffentlichen Kassen! Es werden gewisse Landesbanken, öffentlich-rechtliche Institutionen, zu erheblichen Beiträgen herangezogen. Und uns machen sie einen Vorwurf, wenn wir versuchen, auf eine anständige Weise die Gelder zu beschaffen. Wenn die SPD diese Gelder für die Wahl einsetzt, ist das eine Sache, die auf eine sehr gefährliche Ebene kommt. Damit haben wir eine gewaltige Waffe in der Hand, wenn sie uns an den Wagen fahren sollte.

Wir beziehen unsere Gelder nur von privaten Leuten, die bereit sind, uns das

schen Parlaments (Erinnerungen: Gedanken zu unserer Zeit. 5 Bde. Köln 1957–1976). – Protokoll der Vorstandssitzung vom 7. März 1953 nicht ermittelt.

32 Am 10. März 1953 Treffen der Fördergesellschaften (Terminkalender).

33 Vermutlich eine der sechs Regionalbanken für Gemeinwirtschaft, die sich Ende 1958 zur Bank für Gemeinwirtschaft zusammenschlossen. Vgl. Deutsche Bankengeschichte 3. Frankfurt 1983 S. 241f.

Geld zur Verfügung zu stellen. Öffentliche und halböffentliche Gelder für eine solche Sache zu verwenden, halte ich für außerordentlich gefährlich.

Adenauer: Bleiben wir beim Thema! Ich möchte an Sie, Herr Albers, die dringende Bitte richten: Bieten Sie Ihren Einfluß in Nordrhein auf. Westfalen war so vernünftig; Nordrhein war nicht so vernünftig. Warum nicht? Weil die Organisation nicht so gut ist wie in Westfalen. Sie wissen genau – ich meine nicht Köln –, wie es bei Ihnen steht, und dafür sind die Gelder nicht da! Sie sind dazu da, um eine gute Wahl herbeizuführen und nicht, um Fehler, die in der Vergangenheit begangen worden sind, jetzt wieder auszubessern.

Ich bitte daher nochmals darum zu sagen, welche Aufgaben von der Zentrale erfüllt werden müssen. Wenn wir das billigen, sind wir einen Schritt weitergekommen heute und haben festen Boden unter den Füßen zu Verhandlungen mit den Landesparteien und den Fördergesellschaften.

Das Wort hat Herr Kiesinger.

Kiesinger: Die 2.645.000,- DM sind nach langen Beratungen als das Minimum dessen festgestellt worden, was wir brauchen. Wenn man die einzelnen Posten ansieht, muß ich gestehen, daß fast jeder Posten zu gering weggkommt.

Rednermaterial 20.000,- DM (*Adenauer:* Das ist nichts!)

Tonpropaganda 205.000,- DM. Das sind die Wagen, mit denen wir gute Erfahrungen gemacht haben. (*Adenauer:* Die fahren auf die Dörfer!) Sie kündigen den Redner an. (*Wuermeling:* Für je zwei Wahlkreise eine Anlage!)

Filmpropaganda 60.000,- DM. Das ist so gut wie nichts!

Flugblätter 360.000,- DM. Das sind vier Flugblätter; das ist außerordentlich wenig. (*Adenauer:* Vier zentral gesteuerte Flugblätter!) Bei diesem mit Sicherheit zu erwartenden mörderischen Wahlkampf kommt die Zentrale zu kurz.

Zentrale Plakatierung 730.000,- DM.

Wahlzeitung 560.000,- DM. Der Betrag ist zu gering!

Kundgebungen und Rednereinsatz 250.000,- DM. Auch außerordentlich bescheiden!

Diapositivwerbung 160.000,- DM. Verhältnismäßig gering!

Reserve 300.000,- DM.

Damit kommen wir auf den Betrag von 2.645.000,- DM.

Adenauer: Es werden nur erbeten zwei Millionen. Ich habe mich anheischig gemacht, noch 645.000,- DM irgendwoher herbeizuschaffen, damit diese Aufgaben erfüllt werden können.

Kiesinger: Die Gefahr, daß tatsächlich Schulden bezahlt werden und das Geld versickert, so daß es für die eigentlichen Zwecke des Wahlkampfes nicht zur Verfügung steht, ist außerordentlich groß. Ich glaube, daß der Schlüssel 50:50 wirklich das Minimum dessen ist, was man für die Zentrale braucht.

Adenauer: Wir haben die Befürchtung – ich kann es nicht beweisen –, daß die Wahlgelder, die die Landes- bzw. Kreisparteien bekommen, zum Teil dazu benutzt werden, um alte Schulden zu bezahlen. (*Zurufe:* Sehr richtig!)

Bach: Seitdem sich die Zentrale um die Finanzen kümmert, sind auch die Landesverbände nicht schlechtgefahren. Ich darf darauf hinweisen, daß die Wahl im Südweststaat und auch die Kommunalwahlen in den Ländern wahrscheinlich nicht so gut verlaufen wären, wenn wir uns nicht schwerpunktmäßig für die Durchführung dieser Wahlen eingesetzt hätten. Das gilt auch für die Wahl in Niedersachsen.

Es ist selbstverständlich, daß die Zentrale kein Geld auf einen großen Haufen legen will, aber sie muß beweglich sein, damit da, wo Not am Mann ist, geholfen werden kann. Nordrhein und Hamburg bringen prozentual mehr Gelder ein als Südbaden. Aber wir haben in Südbaden sieben Mandate und in Württemberg-Hohenzollern sieben Mandate. Wir können diese Gebiete nicht vernachlässigen. Wir dürfen diese Mandate nicht verlieren. Wir müssen die Bundestagswahl gewinnen! Ich kann die Dinge beurteilen. Ich weiß von den Zusammenhängen und von dem Aufbau. Der Betrag von zwei Millionen für die Durchführung der Wahl ist um 50 % zu gering. Wir hätten vier Millionen haben müssen. Dann hätten wir zwei Millionen für die Zentrale und für jeden Wahlkreis 10.000,- DM zur Verfügung stellen können.

Wir müssen nun überlegen, wie wir den Betrag, den wir haben, am besten einsetzen. Die Landesverbände schalten bei dieser Bundestagswahl kostenmäßig sehr stark aus; die Kosten entstehen an der Zentrale und in den Bundestagswahlkreisen. Die Landesverbände sind nur dazu da, die Regie in ihrem Verband zu führen, damit die Dinge in den Wahlkreisen ausgeglichen werden.

Wir sollten noch bereit sein, vom Bund aus 25 % der Wahlgelder den Landesverbänden zu belassen. Ich will mich verpflichten, diese 25 % durch Sondersammlungen aufzubringen.

Adenauer: Seien Sie vorsichtig! Sondersammlungen für die Landesverbände! Bleiben wir beim Thema. Es dreht sich darum: Halten wir es für eine absolute Notwendigkeit, daß die Zentrale mindestens zwei Millionen bekommt?

Bach: Wenn die Zentrale die zwei Millionen bekommt und die eine Million für ihre laufenden Ausgaben, bleibt die Zahl bestehen; das sind die Gelder, die die Landesverbände bekommen, wie sie ursprünglich vorgesehen waren. Ich bin überzeugt davon, daß die Landesverbände damit auskommen. Aber ich sehe Schwierigkeiten in Nordrhein.

Adenauer: Warten wir doch ab! Wir haben Leute wie Herrn Albers, der hat auch etwas zu sagen. Sie haben sich eine Stellung angemaßt, Herr Bach, die Sie nicht haben! Sie sind doch in Westfalen.

Herr Albers, zu Ihrer Beruhigung! Falls sich in Nordrhein irgendwie besondere Schwierigkeiten ergeben sollten, dann müssen Sie sich mit Herrn Pferdmenges und mir zusammensetzen, um dann zu sehen, was zu machen ist. Lassen wir bei dieser prinzipiellen Entscheidung von 50 : 50 auch Ihre Zustimmung feststellen.

Das Wort hat Herr Cillien.

Cillien: Die Zentrale übernimmt eine große Verantwortung, und wenn die Sache

nicht glücklich verläuft, werden Sie allerhand Kritik zu hören bekommen. Besprechen Sie diese Dinge nicht allein mit den Geschäftsführern, ziehen Sie auch die Landesvorsitzenden hinzu! Ich habe die Bitte, daß Sie die Landesverbände mit Material versorgen. Die Landesverbände, die eine eigene Zeitung haben, sind wesentlich besser dran als die Gebiete – wie Niedersachsen –, die keine eigene Zeitung haben. Darauf müßte die Zentrale Rücksicht nehmen.

Adenauer: Das Wort hat Herr Kollege Ehlers.

Ehlers: Wir haben als Parteivorstand die Aufgabe, das festzusetzen, was für die Gesamtpartei möglich und erforderlich ist. Man könnte primitiv argumentieren: Wenn die Sozialdemokratie, die uns in den Möglichkeiten und in der Methode der Propaganda weit voraus ist, sich für eine zentral gesteuerte Propaganda entscheidet, dann ist das eine Entscheidung, die wir auch in sehr ernster Weise berücksichtigen sollten.

Es geht um zentrale Bundesfragen, und hier ist die einheitliche Steuerung wirklich nötig. Ich meine, es kann an dem, was in diesem Rahmen für die Bundespartei notwendig ist, kein Pfennig gekürzt werden, sondern es muß gemeinsam konzediert werden. Anders geht es nicht!

Hinsichtlich der einheitlichen Steuerung der Plakate ist mein Glaube sehr gering. Ich bin nicht davon überzeugt, daß Plakate, auch wenn sie in vierfacher oder achtfacher Form einheitlich oder föderalistisch geklebt werden – das ist gleich –, eine sehr starke Wirkung haben. Ich bin der Auffassung, daß wir in viel stärkerem Maße eindrucksvolle Zeitungsanzeigen benutzen müssen, die gut aufgemacht und raffiniert formuliert sind und die die Leute auf den Küchentisch bekommen. (*Lenz:* Das kostet zuviel!) Herr Lenz, es kostet im Ergebnis nicht viel. Wir haben es durchexerziert. Es muß am Freitag oder Sonnabend vor der Wahl eine knallende Seite in die Zeitung kommen. (*Zuruf:* Vorgesehen!) Ich spreche mich dafür aus, daß wir nicht lange debattieren sollten, sondern daß wir das, was für die Zentrale unbedingt notwendig ist, nach dem Vorschlag konzedieren.

Adenauer: Das Wort hat Herr Zimmer.

Zimmer: Ich schließe mich den Ausführungen des Herrn Präsidenten Ehlers grundsätzlich an. Ich bin der Meinung, daß die Reserve der Bundeszentrale viel zu gering ist. Nach den Erfahrungen, die wir 1949 gemacht haben, kommen Sie damit nicht aus.

Ich habe erhebliche Bedenken – das sage ich als Föderalist –, daß man den Ländern unbesehen 50 % des Aufkommens ohne weiteres zur freien Verfügung für den Wahlkampf überläßt. Man soll den Ländern nicht vorschreiben, was sie damit tun, aber man kann nicht so weit gehen, einfach zu sagen: Macht, was ihr wollt! Ich bin der Meinung, daß hier ein rechtzeitiges Mitwissen der Zentrale und unter Umständen auch ein freundliches Einspruchsrecht gegeben sein muß.

Adenauer: Darf ich das so verstehen, daß Sie sagen: Die Landesverbände sollen zwar selbst bestimmen, aber sie sollen doch die Zentrale laufend über das unterrichten, was geschieht? (*Zimmer:* Vorher!) Ehe sie es ausgeben!

Gröwel: Ich halte es für außerordentlich wichtig, daß man die Junge Union und die Frauen bei der Aussuchung des Werbematerials heranzieht.

Kiesinger: Ich würde vorschlagen, daß diese Einzelheiten jetzt nicht besprochen werden. Wir sind an der Arbeit, und wir holen alle Berufenen dazu. Wenn wir aber jetzt im einzelnen darüber debattieren, fürchte ich, daß wir den ganzen Tag dazu benötigen. Ich bitte Sie, so viel Vertrauen zum geschäftsführenden Vorstand zu haben, daß er in der Zwischenzeit alles so ausarbeitet, und zwar in Fühlungnahme mit den in Betracht kommenden Interessenten, daß wir bis Hamburg etwas Brauchbares haben. Heute sollten wir uns nur über die grundsätzliche Frage der Mittelverteilung entscheiden.

Adenauer: Ich darf mir die Anregung erlauben, daß sich die Herren einmal darüber äußern, ob die Landesparteien gehalten sein sollen, einen Plan, wie sie die Gelder verwenden wollen, der Bundeszentrale vorlegen sollen, um sich evtl. beraten zu lassen.

Schröder: Herr Albers und ich sind beauftragt worden vom rheinischen Landesvorstand zu erklären, daß Nordrhein-Westfalen das Land ist, daß 50 % in diesen Dingen aufbringt. Deswegen sieht die Sache aus seiner Betrachtung heraus etwas anders aus als anderswo. (*Zuruf:* Ohne eigenes Verdienst!) Ohne eigenes Verdienst und Schuldigkeit! (*Heiterkeit.*) Wenn wir also nicht in der Lage sind, unseren Bundestagswahlkreisen im Durchschnitt wenigstens 10.000,- DM zur Verfügung zu stellen, dann steinigen uns die Leute und bezeichnen uns als komplett Idioten, daß wir uns damit einverstanden erklären. Jeder andere hat die Möglichkeit, noch viele Stellen anzugehen, während wir eine komplett Sperre haben, so daß wir die Leute, bei denen die Möglichkeit besteht [...] (*Adenauer:* Sie haben eine komplett Sperre?) Die ist mehr oder weniger verhängt worden! (*Zurufe:* Die haben wir alle!) Das sieht für Sie ganz anders aus, weil gerade dort, wo das große Aufkommen ist, kein Mensch dafür Verständnis hat, daß wir nicht in der Lage sein sollen, 10.000,- DM aufzubringen. Das ist mit Herrn Bach besprochen worden. Herr Bach hat sich mit den 90.000,- DM für Nordrhein-Westfalen einverstanden erklärt. Ich kann Herrn Bach nicht verstehen, daß er wenige Tage später von dem Abkommen, das mit Herrn Johnen und den Verbänden getroffen worden ist, abweicht.

Herr Johnen könnte es bestätigen, wenn er da wäre, daß die Zahl von 90.000,- DM genannt worden ist und daß Sie sie widerspruchslos hingenommen haben. Deswegen befinden wir uns in diesem Glauben. Es ist sehr schade, daß uns dieser Glaube genommen werden soll, daß nämlich im Grunde komplett Harmonie bestanden hat.

Wenn Sie das bestätigen können, sind wir bereit, darauf zu verzichten. Wir müssen diesen Durchschnittssatz in Nordrhein-Westfalen haben, sonst sind wir nicht in der Lage, einen guten Wahlkampf durchzuführen. Ohne 10.000,- DM pro Wahlkreis können wir diesen Wahlkampf nicht führen.

Adenauer: Wir sind jetzt da, wo wir vor einer Stunde waren. Es wäre doch beschämend für die rheinische Partei, wenn es ihr nicht möglich wäre, einen guten

Wahlkampf zu führen. Machen Sie doch die Pferde nicht scheu, als ob Sie nicht irgendwo bohrten. Das glaubt Ihnen doch keiner!

Herr Bach, Sie sprechen manchmal wirklich etwas zu schnell, so daß Mißverständnisse entstehen. Herr Schröder, ich habe gestern mit Herrn Hellwig gesprochen. Es ist den Förderverbänden gleichgültig, die mischen sich nicht ein. Sie sagen: Was ihr beschließt, das tun wir. Wenn wir zu dem Ergebnis kommen, 50 : 50, dann werden die Förderverbände das ohne weiteres respektieren.

Ich meine, es kann wirklich kein Mensch bestreiten, daß diese Beträge, die von der Zentrale angesetzt worden sind, die sich auf 2,6 Millionen belaufen – und wovon wir versuchen, 600.000,- DM noch zu beschaffen, so daß es nur noch 2 Millionen sind –, das Bescheidenste und das Notwendigste sind für die Bundestagswahl.

Herr Schröder, Sie haben ebenso wie Herr Albers auftragsgemäß gehandelt, Sie haben das von Ihrem Parteivorstand vorgetragen, und damit, glaube ich, haben Sie Ihre Pflicht erfüllt! (*Heiterkeit.*) Wir können uns jetzt den Aufgaben der Zentrale zuwenden. Da möchte ich Ihnen vorschlagen, daß wir uns darauf einigen, zu sagen: Der von der Zentrale, vom geschäftsführenden Vorstand und von Herrn Bach vorgelegte Anschlag für die von der Zentrale zu übernehmenden Aufgaben und die dafür eingesetzten Kosten sind äußerst gering. Ich glaube, darüber sind wir alle einig! Wir sind auch darüber einig, daß diese Aufgaben von der Zentrale gelöst werden müssen. Auch darin kann ich unser Einverständnis feststellen. Daraus ergibt sich ohne weiteres – sonst hat das Ganze keinen Zweck für die Zentrale –, daß eine Verteilung zwischen der Zentrale und den Landesverbänden getroffen werden muß, die der Zentrale diese zwei Millionen bringt, d.h. eine Aufteilung von 50:50. Wir sind weiter mit der Anregung von Herrn Dr. Zimmer und Herrn Dr. Ehlers einverstanden, daß wir im Parteivorstand beschließen, den Landesverbänden zu empfehlen, einen Plan über die Verwendung ihrer Gelder rechtzeitig aufzustellen und diesen Plan mit der Bundesgeschäftsstelle abzustimmen. Sonst kann es passieren, daß Gelder unnötig ausgegeben werden. Können wir uns über diese vier Punkte jetzt einigen? (*Albers:* Mit den Punkten 1 und 2 bin ich einverstanden, aber nicht mit Punkt 3!) Dann enthalten Sie sich der Stimme! Es geht sonst wirklich nicht. Es ist nur Nordrhein, das es nicht tun wollte. Der Herr Bach hat die Verwirrung bei uns gebracht. (*Bach:* Dazu muß ich etwas sagen!) Lassen wir es, Schwamm drüber! Herr Schröder, können Sie nicht dafür stimmen?

Schröder: Ich kann es unmöglich. Es liegt ein Abkommen von vor 14 Tagen zugrunde, und zwar mit Herrn Bach. Herr Bach hat sich ausdrücklich mit der Zahl einverstanden erklärt.

Adenauer: Herr Bach hat uns berichtet, daß er gar nicht anders gekonnt hätte; daß Herr Lensing bereit gewesen wäre, auf seinen Vorschlag 50:50 einzugehen, daß aber Herr Johnen dem widersprochen habe. (*Zuruf:* Und Hellwig?) Darauf hätten Sie sich – bescheiden, wie Sie sind – gefügt. Ich meine, Herr Schröder und Herr Albers, Sie können sich doch nicht der Notwendigkeit verschließen, daß diese Aufgaben zentral gelöst werden müssen. Sie können auch nicht irgendwie sagen, daß

zuviel Gelder eingesetzt worden sind. Diese vier Plakate und Flugblätter, was ist das denn?

Ich meine, Sie sollten jetzt Ihren Widerstand nach tapferem Kampf fallenlassen, Herr Albers und Herr Schröder, damit wir zu einem einmütigen Beschuß kommen. Wir kommen natürlich viel besser voran, auch gegenüber den Landesverbänden, wenn wir einen einmütigen Beschuß fassen.

Darf ich fragen, wer dafür ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben! Wer ist dagegen? – Ich stelle fest, daß bei [...] (*Zurufe: Ohne Gegenstimme!*) Wir können sagen: Einstimmig. (*Ehlers: Ich würde sagen: bei einigen Stimmenthaltungen!*) Sagen wir: bei zwei Stimmenthaltungen (Dr. Schröder und Albers) einstimmig beschlossen.

Wir kommen zum Wahlgesetz. Das Wort hat Herr Dr. Lehr.

WAHLGESETZ

Lehr: Bei diesem Gesetz handelt es sich um eine der bedeutungsvollsten gesetzlichen Entscheidungen, die wir zu treffen haben. Wir sind uns von Anfang [an] darüber klar gewesen, unser Interesse nicht nur auf dieses oder jenes Land oder auf diese oder jene örtliche Gegebenheit zu richten, sondern wir gingen von der Gesamtlage aus, d.h., es soll ein Wahlrecht geschaffen werden, welches das deutsche Volk davor bewahrt, vor einer völlige Systemänderung gestellt zu werden; mit anderen Worten, es soll versucht werden, einen schlechten Ausgang der Wahl zu vermeiden.

Was eine Änderung des gegenwärtigen Kurses bedeuten würde, das brauche ich hier nur anzudeuten. Ich möchte aber einen Satz betonen: Eine Änderung unseres Regierungskurses würde das gesamte deutsche Volk in schwierige Verhältnisse bringen und viel Zweifel und Wirrwarr in unsere Demokratie hineinragen. Der Weg der SPD würde nach meiner festen Überzeugung im Kollektivismus enden.

Wir haben in mühevoller Arbeit, die über ein Jahr gedauert hat, das Für und Wider abgewogen. Das Ergebnis liegt nun in diesem Entwurf vor, der, wie ich ausdrücklich betonen möchte, ein Kompromiß ist in dem Bestreben, möglichst eine einheitliche Auffassung zwischen den Parteien herbeizuführen.

Es ist ein Mischsystem. Wir befinden uns in Deutschland in zunehmendem Maße auf dem Wege zum Mehrheitswahlrecht. Das reine Mehrheitswahlrecht könnten wir noch nicht einsetzen, weil die Parteiverhältnisse in Deutschland noch nicht so sind, daß man das Mehrheitswahlrecht in reiner Form durchbringen kann. In diesem Zusammenhang darf ich nebenbei erwähnen, daß wir heute schon über 65 Parteien haben. In Schleswig-Holstein sind inzwischen noch zwei weitere hinzugekommen, die man aber nicht mehr als Partei, sondern nur noch als einzelne Gruppen bezeichnen kann.

Kurz und gut, weil das reine Mehrheitswahlrecht nicht anwendbar ist, sind wir zu einem Mischsystem gekommen, das auf der einen Seite ein Mehrheitswahlrecht [ist]

mit der Besonderheit, daß man in einem Wahlgang gleichzeitig den Stichentscheid mitentscheidet. Das ist das in der Öffentlichkeit stark kritisierte und vielfach abgelehnte System. Auf der anderen Seite besteht das Proporzsystem in Form der Listen mit einem internen Ausgleich, d.h. die Länderlisten werden aufgestellt, und die Summe der Länderparteienlisten gibt dann die Bundesliste. Es ist die Möglichkeit der Listenverbindung vorgesehen.

Ein solches System der Listenverbindung ist rechtlich unantastbar; ja, es gibt hervorragende Kenner des Proporzsystems, die diese Listenverbindung sogar als das Kennzeichen des echten Porporzsystems bezeichnen. Auf jeden Fall ist dieses System rechtlich einwandfrei.

Um ein rechtlich einwandfreies Gesetz zu schaffen, haben wir auch den anfangs stark diskutierten Vorschlag abgelehnt, bei dem Mehrheitswahlrecht bereits eine Verbindung auf der Wahlkreisebene zu schaffen. Eine Verbindung der Listen der Parteien auf der Wahlkreisebene würde uns mit höchster Wahrscheinlichkeit die Beanstandung des Bundesverfassungsgerichts zugezogen haben. Deshalb ist nach sorgfältiger Erwägung die Verbindung auf der Wahlkreisebene als rechtlich unmöglich fallengelassen worden.

Der interne Proporz bedeutet lediglich, daß die Parteien, die eine Listenverbindung eingegangen sind, sich untereinander über das Ausmaß der im Wahlkampf geleisteten Hilfe verständigen und daß demzufolge ein entsprechender interner Ausgleich unter diesen Parteien stattfindet. Alles übrige, was jenseits dieses internen Proporztes der geleisteten Wahlhilfe steht, wird nicht angetastet. Es ist weder der Grundsatz der Gleichheit noch der der Unmittelbarkeit verletzt. Es schiebt sich kein fremder Wille zwischen das Ergebnis der Wahl, der Wahlabgabe und der Feststellung des Ergebnisses. Die Feststellung des Ergebnisses erfolgt automatisch nach Abgabe der Stimmen.

Von einem relativen Mehrheitswahlrecht haben wir abgesehen, weil das relative Mehrheitswahlrecht bei unseren Verhältnissen die Möglichkeit gibt, daß eine Minderheit von 25 bis 30 % imstande ist, die wirkliche Mehrheit im Wahlkreis zu überwältigen. Wir haben solche Verhältnisse in Hamburg und in Hessen, wo ein verhältnismäßig nicht erheblicher Prozentsatz von Stimmen – der zwischen 40 und 42 % liegt – tatsächlich der Minderheit die Mehrheit im Parlament gegeben hat.

Das haben wir nun zu vermeiden gesucht. In der letzten Zeit setzen sich verstärkt die Stimmen ein, die für das absolute Mehrheitswahlrecht mit Stichentscheid sprechen.

Adenauer: Ich glaube, bei der beschränkten Zeit – und auch, weil wir uns mit diesen Fragen schon beschäftigt haben – können wir uns auf die Frage konzentrieren: zweite Stimme oder Stichwahl. Sind Sie damit einverstanden?

Lehr: Die zweite Stimme sieht komplizierter aus, als sie in der Praxis ist. Unsere Wähler sind gewohnt, in dem vorliegenden Wahlzettel in einen Kreis ein Kreuzchen zu malen. Damit war ihre Aufgabe erschöpft. Das gegenwärtige System der Hilfstimme besagt, daß in der Praxis statt des Kreuzchens eine „1“ in den Kreis gemalt

wird und dann in einen zweiten Kreis eine „2“. Mit dieser „2“ bezeichnet der Wähler denjenigen, dem er evtl. seine Stimme geben will, wenn seine Hauptstimme nicht zum Zuge kommt.

Dieses System stellt an den Wähler die Anforderung, sich zu überlegen, welche Chance die einzelnen Parteien in seinem Wahlkreis haben und wem er seine Hilfstimme geben will, wenn seine eigene Partei nicht zum Zuge kommt. Diese Überlegung muß er allerdings anstellen.

Aber es ist zu bemerken, daß in gewissem Maß eine solche Überlegung auch beim absoluten Mehrheitswahlrecht notwendig ist, weil in der Stichwahl – die naturgemäß in einer großen Anzahl von Wahlkreisen stattfinden müßte – der Wähler sich auch entscheiden muß, wem er von den zwei Parteien, die die meisten Stimmen bekommen haben, seine Stimme geben will. Allerdings ist es beim absoluten Mehrheitswahlrecht etwas leichter, weil dann schon ein gewisses Ergebnis vorliegt und man schon erkennt, wo die Mehrheit oder die größeren Chancen sind.

Die Hilfstimme verletzt aber in keiner Weise irgendein gesetzliches Prinzip. Die Hilfstimme ist in einer Reihe europäischer und außereuropäischer Systeme bekannt und wird auch durchgeführt. Für uns in Deutschland wäre sie erstmalig. Darin liegt zweifellos eine gewisse Schwierigkeit.

Es wird nun gesagt, daß wir zwar den Erfolg zählen, aber nicht den Zählpunkt gleichgesetzt hätten; hierdurch sei ein System der Ungleichheit geschaffen. Das ist nicht der Fall. Der Zählpunkt der Stimme ist ohne weiteres klar. Wenn jemand im Wahlkreis seine Stimme zugunsten einer Partei abgegeben und damit erreicht hat, daß seine Partei zum Zuge kommt, so behält die Partei ihren Erfolg, ungeachtet der zweiten Abstimmung auf der Liste. Dieser Erfolg bleibt unter allen Umständen bestehen.

Dagegen ist es selbstverständlich, daß die im absoluten Mehrheitswahlrecht siegreich gebliebene Stimme einen Vorzug hat gegenüber der nicht erfolgreich gewesenen Stimme. Die nicht erfolgreich gebliebene Stimme ist unterlegen. Das ist die klare Folge einer Mehrheitswahl. Dagegen kommen sämtliche abgegebenen Stimmen noch einmal zum Zuge auf der Liste und im Proporz. Insofern ist also der Erfolgswert verschieden, je nachdem, ob diese Stimme in der Mehrheitswahl durchgedrungen ist oder nicht. Aber im Zählpunkt sind sämtliche Stimmen gleich. Damit ist den gesetzlichen Erfordernissen völlig genügt.

Adenauer: Darf ich nochmals sagen: Man kann über Wahlrechtsfragen tagelang reden. Wir haben schon viel darüber geredet. Ich möchte Ihnen daher vorschlagen, uns auf die von mir eingangs angeschnittene Frage: soll man den Fraktionen empfehlen, daß sie anstelle dieser zweiten Stimme die Stichwahl setzen, zu beschränken. (*Scharnberg:* Herr Minister Lehr hat gesagt [...]) Herr Scharnberg, wenn Sie sterben, falls Sie es nicht sagen, dann sagen Sie es!

Scharnberg: Ich glaube, es ist wirklich so wichtig. Herr Lehr hat gesagt, dieses Wahlrecht diene insbesondere dazu, eine Systemveränderung zu vermeiden. Hier möchte ich etwas zu dem sagen, was unter dem Motto „Koalitionssicherungsgesetz“

propagiert wird. Ich habe neulich in der Fraktion erlebt, als ich behauptete, daß diese Gegenpropaganda von dem Koalitionssicherungsgesetz eine glatte und unver- schämte Lüge sei, daß in der Fraktion zunächst von der überwiegenden Mehrheit gelacht wurde, woraus zu entnehmen ist, daß die Fraktion tatsächlich von dieser Propaganda irgendwie sehr beeindruckt ist.³⁴

Deswegen muß gesagt werden, daß dieses Wahlrecht wirklich nichts anderes tut, als der größten Gruppe eine Mehrheit im Parlament zu verschaffen. Wenn es der SPD mit ihren Bundesgenossen gelingt, eine größere Gruppe zu werden als die Gruppe, die sich um die CDU schart, wird sie die Mehrheit haben. Im anderen Fall werden wir die Mehrheit haben. Also, ein Koalitionssicherungsgesetz kann man das wirklich nicht nennen, es sei denn, daß man für verboten hält, daß man der SPD ihre seit Jahrzehnten angewandte Taktik etwas behindert.

Die SPD versucht alles, um das, was rechts von ihr ist, in Unordnung zu bringen, um auf diese Weise ein größeres Gewicht zu bekommen, als ihr an sich zusteht.

Es ist natürlich viel klarer und schöner, wenn wir links des Grabens das absolute Mehrheitswahlrecht anwenden. Wir würden damit alle Propaganda gegen dieses Wahlrecht mit einem Schlag totmachen. Diese Sache ist eigentlich so klar und soviel wert, daß ich hoffen möchte, daß die FDP und die DP, die Bedenken gegen das absolute Mehrheitswahlrecht haben – die Gründe liegen in ihrer parteipoliti- schen Position –, im Interesse des Ganzen ihre Überlegungen zurückstellen und sich für diese Sache entschließen.

Ich bin etwas betrübt, von Herrn Wuermeling zu hören, daß schon über die gestrige Empfehlung des Kabinetts eine Notiz in die Zeitung gekommen ist.³⁵ Ich würde es für richtiger halten, daß man darüber noch nicht redet. Man muß im einzelnen die Leute von der Richtigkeit überzeugen. Wenn sie aber etwas in der Zeitung lesen, bilden sich sofort Beschlüsse usw. dagegen, die die ganze Situation erschweren.

Ich würde vorschlagen, nach dieser Richtung hin zu prozedieren, Herr Bundes- kanzler; wenn Sie auf die staatspolitischen Notwendigkeiten hinweisen, wird das den Eindruck auf die Herren nicht verfehlen.

Cillien: Ich kenne zwar die Sache nicht, aber ich bin dagegen, ein veritables Wahlgesetz [...] (*Adenauer:* Was heißt veritabel? – *Zuruf:* Echt!) Es wird gesagt, das Wahlgesetz sei zu unseren Gunsten gemacht. Und dem ist nicht entgegengetre- ten worden! Es ist nicht genügend darauf hingewiesen worden, daß die SPD in Niedersachsen zweimal nur zu ihren Gunsten ein Wahlgesetz gemacht hat³⁶.

Ich glaube tatsächlich, daß es bedenklich ist, ein Wahlgesetz in diesem Zeit- punkt zu machen, das unter dem Verdacht steht, nur uns zugute zu kommen. Wir

34 Nicht zu ermitteln, da die Protokolle der Fraktionssitzungen der CDU/CSU von 1950–1954 verloren sind.

35 Vgl. FAZ vom 11. März 1953.

36 Am 31. März 1947 (Niedersächsisches GVBl 1948 Nr. 2 S.3f.) und am 5. März 1953 (Niedersächsisches GVBl S. 15ff.).

haben von Anfang an das Mehrheitswahlrecht vertreten. Ich halte es für unklug, von dieser Linie abzuweichen. Wir können darauf hinweisen, daß dies schon einmal in Deutschland üblich gewesen ist. Wir bekommen dann nicht den Vorwurf: ja, in Australien! Das hat einen komischen Beigeschmack. Ich glaube, daß die kleineren Parteien uns bei der Hilfsstimme Schwierigkeiten machen würden. Die Stichwahl wird uns mehr Geld kosten, aber ich glaube, daß man auf diese Weise die Leute zu einer echten Entscheidung hinführen kann.

Durch die Stichwahl beteiligen sich die Wähler schon an der Regierungsbildung. Die Leute wissen, welche beiden Möglichkeiten in Frage kommen, und sie können dann von sich aus entscheiden. Sie nehmen viel von dem vorweg, was nach der Wahl bei den Parteien stattfinden müßte. Wir gehen auf diese Weise einen klaren Weg, der seine Tradition hat, und wir entziehen uns mancherlei Nackenschlägen und Vorwürfen.

Lehr: Ich habe einleitend bei meinen Ausführungen über die Bedeutung dieses Gesetzes gesprochen, und zwar hinsichtlich einer völligen Systemänderung und der politischen Zusammensetzung des Bundestages. Ich habe aber in keiner Weise gesagt, dieses Gesetz soll nun in bestimmter Weise wirken. Es ist lediglich nach dem Gesichtspunkt der völligen Gleichheit für alle und der gleichen Chance ein Mischsystem aufgestellt worden, das die Vorzüge der Mehrheitswahl mit den Vorzügen des Proporzess so gut wie möglich zusammenbringt. Es kommt das System der Hilfsstimme im Ergebnis dem absoluten Mehrheitswahlrecht am nächsten. Es ist selbstverständlich, daß gewisse Vorzüge dafür sprechen, statt der Hilfsstimme den Stichentscheid zu nehmen.

Ich bitte, gestehen zu dürfen, daß ich selbst im ganzen Verlauf der Vorbereitung dieses Gesetzes ein Verfechter des absoluten Mehrheitswahlrechts gewesen bin und daß ich ein gewisses *Sacrificium intellectus* gebracht habe in dem Bestreben, eine Einheit zu schaffen. Mein ganzer Beitrag sollte eine Mahnung zur Einheit sein und dazu, Sonderwünsche und Sonderberechnungen in einzelnen Ländern zurückzustellen vor der Notwendigkeit eines Zusammenschlusses der Koalitionen im Wahlkampf. Das war der Gedanke.

Selbstverständlich bin ich in der Lage, Ihnen genaue Auskünfte über die Vorzüge der Hilfsstimme und über die Vorzüge der Stichwahl nach der absoluten Mehrheit zu geben.

Ich habe das Beste im Kabinett getan, aber ich bin peinlich überrascht gewesen, daß ich heute morgen in der „Frankfurter Rundschau“ fast wörtlich das Ergebnis der Kabinettsberatungen und der Empfehlungen, die das Kabinett entschlossen ist auszusprechen, bereits gefunden habe. (*Unruhe und Bewegung.* – *Albers:* Das wurde gestern von den Journalisten im Bundeshaus erzählt. Also unmittelbar nach der Kabinettsitzung eine Indiskretion!)

Adenauer: Herr Lenz! Ich bitte Sie, in meinem Namen von jedem Anwesenden eine schriftliche Erklärung zu verlangen, mit wem er über diese Dinge gesprochen hat!

Ehlers: Ich bin auch der Meinung, daß wir im Ergebnis auf die echte Stichwahl – wie vor 1914 – kommen sollten. Ich wundere mich nur, daß die ganzen Bedenken, die uns zunächst davon abgehalten haben, nun plötzlich nicht mehr das Gewicht haben. Aber wenn das so ist, soll man es ruhig tun.

Mich interessiert im Augenblick die Frage der Behandlung in der Debatte des Bundestages. Wir sollten im Augenblick nicht so prozedieren, daß wir aufgrund der sehr unsubstantiierten und sehr unsachlichen Angriffe unsern Gesetzentwurf von vornherein fallenlassen und umwerfen in der Debatte, sondern es muß diese Debatte am Mittwoch von uns dazu benutzt werden, das, was in der Öffentlichkeit in einer unverantwortlichen Weise – auch von unseren Leuten – verbogen worden ist, wieder geradezubiegen.

Ich habe den Versuch gemacht, bei der Pressekonferenz in Stuttgart einmal nachzuhören, was man konkret gegen den Entwurf einzuwenden hätte, inwieweit er verfassungswidrig sei usw. Ich habe von Dr. Krone gehört, es hätte in der „Frankfurter Allgemeine“ gestanden, daß bei diesem Wahlgesetz die Koalition eine Zweidrittelmehrheit bekommen solle³⁷. (*Kiesinger:* Das dumme Zeug hat er abgeschrieben!) Ich habe gesagt: Sie können von mir nicht erwarten, daß ich das für ein katastrophales Ergebnis halte! (*Heiterkeit.*)

Man könne nicht sagen, es sei ein Gesetz für die Koalition, sondern ein Gesetz, das versuche, das Mehrheitswahlsystem soweit wie möglich durchzusetzen, und im übrigen den Wert der Wählerstimme sichere. Man könne von uns nicht erwarten, daß wir ein Gesetz machen, um die Opposition an die Regierung zu bringen. Das hat nun zu den Dingen im „Spiegel“ usw. geführt.³⁸

Ich bin der Meinung, wir sollten zunächst bei dem Gesetzentwurf bleiben. Ich habe mir das Material zusammenstellen lassen aus den Erfahrungen in Hannover, nicht um zu sagen, wir haben auch einen schlechten Entwurf gemacht, sondern um die ganze Hohlheit der Berufung der SPD und die zu erwartende Rede des Herrn Mellies, die versehentlich schon im „Neuen Vorwärts“ erschienen ist³⁹, abzufangen.

Wir sollten unsere Stellungnahme hier festlegen und bei den Entwürfen bleiben. Darauf wartet die Öffentlichkeit, daß wir endlich klarstellen, um diese unsinnigen Schwätzereien – auch unserer Presse – über diese Dinge abzufangen.

Kiesinger: Ich bin der Auffassung wie Herr Ehlers. Man könnte noch überlegen, ob man erst in den Ausschüssen die Frage der Stichwahl anklingen läßt. Was mich dem Regierungsentwurf gegenüber hat skeptisch sein lassen und veranlaßt hat, der

37 Die FAZ vom 3. März 1953 (S.3) zitiert die Ausführungen Carlo Schmids auf einer Kundgebung der SPD in München.

38 Jens Daniel: „Wer verdirbt die Demokratie?“ In „Der Spiegel“ Nr. 6 (1953) S. 4f. Daniel (Rudolf Augstein) stellt für die Zukunft die Frage, warum die Demokratie auch beim zweiten Anlauf in Deutschland keinen Fuß fassen konnte.

39 „Neuer Vorwärts“ vom 6. März 1953 („Grundlagen der Demokratie gefährdet. Wahlfälschungsentwurf beratungswürdig“); Ausführungen Mellies am 18. März 1953 vor dem Bundestag in Sten.Ber. 1. WP Bd. 15 S.12207-12210.

Stichwahl zuzustimmen, war folgendes: Abgesehen vom Grundsätzlichen würde die SPD, wenn sie gescheitert wäre, versucht haben, mit der FDP das Verhältniswahlrecht durchzubringen. Das wäre ihr vielleicht mißlungen. Dann wäre unser Entwurf durchgekommen. Daraufhin hätten sie das kleinere Übel gesucht. Das wäre das relative Mehrheitswahlrecht gewesen. (*Ehlers*: Die SPD hätte das relative Mehrheitswahlrecht nicht vorgeschlagen!) Wenn sie keine Wahl gehabt hätte, bin ich davon überzeugt. Wir entgehen dieser Gefahr, wenn wir das vorher abfangen.

Ehlers: Sie meinen das relative Mehrheitswahlrecht für sämtliche 482 Abgeordneten oder daneben den Proporz? (*Kiesinger*: Beide Möglichkeiten!) Das relative Mehrheitswahlrecht für alle Abgeordneten wird die SPD auf keinen Fall mitmachen. Ich erinnere an die Ausführungen von Dr. Heinemann auf dem Schloß zu Heidelberg im Jahre 1949⁴⁰, wo er sagte: Das einzige System, das der SPD erlaubt, ihre Funktionäre an die Macht zu bringen, hat ein solches Gewicht in der Partei, daß sie nicht davon abweicht. Sie will die Funktionäre auf einem sicheren Weg in die Mandate hineinbringen. Darum macht sie niemals ein relatives Mehrheitswahlrecht.

Tillmanns: Die Kritik, die die SPD an dem Regierungsentwurf sehr heftig äußert, wird dadurch, daß wir an die Stelle der zweiten Stimme die Stichwahl setzen, nicht irgendwie erledigt. (*Zurufe*: Doch!) Die SPD wird gegen eine Stichwahl genauso Sturm laufen. Hier wird nur auf einem anderen Weg genau dasselbe getan mit der zweiten Stimme, daß bei den Wahlen in den Wahlkreisen den nicht-sozialistischen Parteien die große Chance geboten wird, sich zusammenzuschließen. Dagegen läuft die SPD Sturm! (*Adenauer*: Die SPD schließt sich mit dem BHE und dem Zentrum zusammen.) Das ist theoretisch möglich, aber praktisch glaube ich nicht. Die SPD wird alles tun – von ihrem Standpunkt aus völlig richtig –, um dafür zu sorgen, daß bei der Wahl in den Wahlkreisen die Parteien getrennt marschieren müssen. Ich bin trotzdem der Meinung, daß wir für die Stichwahl sein sollten, aber nur deshalb, weil die Stichwahl der deutschen Öffentlichkeit ein bekannter Vorgang ist, während die zweite Stimme ein unbekannter Vorgang ist und der Bauer nicht gerne ißt, was er nicht kennt.

Es ist eine starke Konzession, wenn wir eine Stichwahl vornehmen, und zwar nicht nur wegen der Kosten, sondern deshalb, weil die politische und die soziologische Situation Deutschlands heute nicht mehr dieselbe ist wie vor 1918, wo es mehr oder weniger selbstverständlich war, daß, wenn ein SPD-Kandidat mit einem anderen in die Stichwahl kam, sich die anderen auf den Nichtsozialisten einigten. (*Widerspruch*.) Es ist damals weitgehend so gewesen. Heute ist die Situation anders. Wir werden bei der Stichwahl unser Wunder erleben.

Ich bin der Auffassung, wir sollten trotzdem, wenn wir glauben, eine Erleichterung zu erreichen, diese Stichwahl – trotz ihrer Mängel – zur Diskussion stellen.

40 Es handelt sich um die zentrale Wahlkundgebung der CDU am 21. Juli 1949. Die Rede Heinemanns liegt vor in „Union im Wahlkampf“ Nr. 20 vom 30. Juli 1949.

Aber die SPD wird gegen die Stichwahl genauso Sturm laufen wie gegen die zweite Stimme. Sie wird, wenn sie vor der Situation steht, ein solches System zu verhindern – entgegen ihrer bisherigen Stellungnahme –, sich für das relative Mehrheitswahlrecht aussprechen, d.h. für den Entwurf Wuermeling⁴¹, und im letzten Moment umschwenken. (*Adenauer*: Niemals! – *Mehrere Zurufe*: Nein! – *Widerspruch*.) Es ist von ihrem Standpunkt aus gesehen – gleichgültig, ob zweite Stimme oder Stichwahl – das geringere Übel. Ich hoffe, daß es nicht geschieht und daß Sie recht behalten und die SPD uns diese Überraschung nicht bereitet. Aber wir sollten mit dieser Möglichkeit zumindest rechnen.

Adenauer: Machen Sie sich die Sache nicht so schwierig. Der Regierungsentwurf liegt vor. Ich stimme mit Herrn Ehlers überein. Er wird im Bundestag debattiert, und dann geht die Sache an den Ausschuß. Dann kann man später den Sozialdemokraten sagen, gut, wir kommen euch entgegen. Ich bin hundertprozentig anderer Ansicht wie Sie, Herr Tillmanns. Die Sozialdemokratie kann eine Stichwahl nicht ablehnen. (*Tillmanns*: Die SPD hat immer dagegen Sturm gelaufen!) Nehmen Sie die Sache wirklich losgelöst von dem Vokabular der Wählergesellschaft. Was können Sie machen? Sie können die absolute Mehrheit verlangen. Dann ist eine Stichwahl notwendig. Das ist eine einfache Konsequenz. Oder Sie machen die relative Mehrheit. Das wird die SPD niemals tun; denn das bedeutet, daß sie kolossal reduziert wird. Sie müssen doch die Dinge nehmen wie sie sind. (*Tillmanns*: Wie ist es mit neuen Wahlkreisen?) Die Wahlkreise werden bestehenbleiben. Sie zu ändern, geht einfach nicht mehr. Ich halte es für völlig ausgeschlossen, daß die SPD der relativen Mehrheit zustimmt, weil sie damit schwersten Schaden erleiden würde. (*Wuermeling*: Sie fährt damit besser als beim absoluten Mehrheitswahlrecht.) Die SPD hat als Hilfstruppen den BHE und das Zentrum.

Lenz: Nach den Ausrechnungen des Innenministeriums kann höchstens in einem Wahlkreis in Nordrhein-Westfalen die Situation entstehen, daß ein FDP-Mann in die Stichwahl käme. Sonst spielt es überhaupt keine Rolle.

Ehlers: Das ist Bielefeld!

Scharnberg: Die SPD hat bisher gesagt: Es ist eine Schiebung mit der Hilfsstimme. Kein Mensch kann sagen, daß das verfassungswidrig ist. Das hat es viele Jahre gegeben, und niemand in Deutschland hat gesagt, es ist eine Schiebung. Dieses Argument der SPD fällt also weg.

Ich würde sagen, das absolute Mehrheitswahlrecht ist von unserem Standpunkt aus besser. Wir haben Informationen bekommen, wonach man in den Kreisen der SPD folgende Taktik empfohlen hat – ob es beschlossen ist, weiß man nicht –: Man solle während der Ausschußberatungen, wenn man sieht, daß man mit dem alten Bundestagswahlgesetz nicht durchkommt, zunächst einmal rein taktisch umschwenken auf den Entwurf Wuermeling. Dieser Entwurf bringt mindestens 15 bis 20

41 Antrag vom 16. Juli 1952 für ein Wahlgesetz zum Bundestag von Dr. Wuermeling, Strauß und Genossen, BT-Drs. Nr. 3636 (1. WP).

Wahlkreise beim ersten Wahlgang in die Hände der SPD, die sie im zweiten Wahlgang, wenn bei 50 % gewählt wird, nicht bekommen würde.

Deswegen habe ich Herrn Wuermeling gebeten anzudeuten, daß wir unter allen Umständen die Sache so machen wollen: wenn schon, dann von 30 auf 50 hinaufzugehen.

Gradl: Die offizielle Zeitung der Berliner Sozialdemokraten „Berliner Stimme“, herausgegeben vom Landesverband am 7. März, beschäftigt sich mit der Frage, warum Herr Ebert⁴² so wenig im geschichtlichen Bewußtsein unseres Volkes verankert ist, und kommt zu dem Ergebnis: Das Wahlrecht, das wir früher hatten, war falsch. Wir sollten ein neues Wahlrecht finden. Ich verlese nur zwei Sätze:

1. Die verlorengegangene Polarisierung muß wiederhergestellt werden durch die Einführung der relativen Mehrheitswahl; sonst ist die Demokratie in Gefahr.

2. Es kann heute als gültig betrachtet werden, daß die Herstellung der vollen Gerechtigkeit bei der Verwertung der Wählerstimmen zu großer und tragischer Ungerechtigkeit führt. (*Tillmanns:* Wer schreibt denn so etwas?) Ein Pseudonym! (*Tillmanns:* Ein Mitglied gehört der Wählergesellschaft an.) *Piefke*⁴³ steht da! (*Tillmanns:* Das ist kein Pseudonym; der heißt so, das ist er! – *Heiterkeit.* – *Wuermerling:* Herr Piefke ist einer der Außenseiter, der zur Wählergesellschaft gehört.) Es heißt hier: „Von den bisher bekanntgewordenen Wahlsystemen vermag allein die relative Mehrheitswahl diese dynamische Kraft zu entwickeln.“ Das können Sie bei Ihrer Debatte im Bundestag oder im Ausschuß verwenden.

Kaiser: Es muß noch ein Wort über den internen Proporz gesprochen werden.

Altmeier: Ich habe mit vielen Leuten in verschiedenen Kreisen unseres Landes gesprochen und dabei einen sehr großen Widerspruch gegen die Hilfsstimme gefunden. Wir müssen unseren Wählern doch klarmachen: du hast deine Partei zu wählen mit Nr. 1; wir müssen ihnen weiter sagen: du kannst hilfsweise wählen mit Nr. 2. Nun werden wir im Wahlkampf unseren Leuten ein Wort zu den kulturellen Dingen sagen müssen. Und wenn wir das getan haben, müssen wir zur technischen Unterrichtung unserer Wähler bis ins letzte Dorf hinein ihnen etwas sagen für den Fall, daß die Nr. 2 geschrieben werden soll.

Hier begegnet man großem Widerstand. Ich habe mit vielen Geistlichen beider Konfessionen gesprochen. Sie sagen: Hört auf! Die Grundsatzlosigkeit hat begonnen. Zuerst sagt ihr: die anderen Parteien sind gegen unsere christlichen Belange aufgetreten, und im zweiten Akt sagt ihr: aber hilfsweise müßt ihr sie wählen! (*Ehlers:* Das ist doch die Koalition! *Tillmanns:* Die Stichwahl!) Der Einwurf „Stichwahl“ zieht nicht. Das habe ich sehr oft hören müssen. (*Adenauer:* Es ist eine

42 Friedrich Ebert (1871-1925), 1889 SPD, 1900 Mitglied der Bremer Bürgerschaft (Fraktionsvorsitzender), 1905 Sekretär des SPD-Parteivorstands, 1912-1919 MdR (1916 Fraktionsvorsitzender), 1919-1925 Reichspräsident.

43 Friedrich Piefke (geb. 1907), SPD-Parteisekretär in Berlin, 1950 Geschäftsführer der „Berliner Stimme“, 1954-1962 Bezirksverordneter in Berlin-Neukölln.

Entscheidung zwischen dem kleineren und größeren Übel!) Wir müssen in unserem Land den Wähler ansprechen. Ich war froh, als ich hörte, daß man von der Hilfsstimme weg will. Wir hätten aus grundsätzlichen Erwägungen heraus die dringende Bitte, das zu tun.

Albers: Diesem Argument möchte ich mich anschließen. Die Hilfsstimme ist für die Bevölkerung in Nordrhein-Westfalen eine Angelegenheit, die nicht vom Verstande aus allein betrachtet wird, sondern unsere Leute denken sehr einfach und wollen Klarheit haben. Wenn sie auf der einen Seite der CDU und auf der anderen Seite der FDP ihre Stimme geben sollen, haben wir einen Zustand, der von einem großen Teil unserer Wähler, besonders in den katholischen Gegenden, abgelehnt wird.

Der interne Proporz muß auf dem rechten Graben in Ordnung gebracht werden. Wir müssen das unseren Leuten plausibel machen. Die entscheidende Frage hierbei, Herr Bundeskanzler, ist die: Wird die FDP bis zum Letzten auch durchhalten! Ich habe in den letzten Tagen z.B. gehört, als ob sich die FDP mehr der Auffassung der SPD anschließen würde. Wir hängen dann in der Luft und haben keinen realen Boden. Also, diese Frage muß genau geklärt werden.

Adenauer: Wir müssen zu Ende kommen. Ich möchte auf die letzte Frage von Herrn Albers folgendes sagen: Mir ist gestern von Herrn Blücher ausdrücklich erklärt worden, und zwar in Gegenwart der Vertreter der Fördergesellschaft, daß die FDP nicht mit der SPD zusammengehen würde. Er hat es sehr feierlich erklärt!

Mir macht aber etwas anderes Sorge, nämlich die augenblickliche Färbung gewisser Teile der FDP in Nordrhein-Westfalen, in Niedersachsen und in Württemberg.⁴⁴ Aber ich glaube doch – bei allem Mißtrauen –, daß in der nächsten Zeit eine Klärung eintreten wird. Ich glaube, daß das Verfahren gegen Naumann eine gewisse Klärung bringen wird. Das Verfahren gegen Naumann wird kommen, und zwar öffentlich und höchstwahrscheinlich vor einem deutschen Gericht. Das ist meine Sorge, Herr Albers, darauf müssen wir aufpassen, daß wir nicht von Leuten unterlaufen werden, mit denen wir nicht zusammenarbeiten können.

*Wirsching*⁴⁵: Wir im Südweststaat befinden uns in einer noch unglücklicheren Lage. Dort haben wir eine Koalition mit der FDP, der SPD und dem BHE. Was sollen wir dann unseren Wählern, die darauf warten, daß eine Lösung für die Hilfsstimme herausgegeben wird, sagen? Wir stehen fast am Vorabend eines Kulturmordes.⁴⁶ Man behandelt uns schlecht. Wir können unmöglich sagen: Gib die

44 Für Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen galt die Sorge einer nationalsozialistischen Unterwanderung der FDP (vgl. dazu JENKE S. 174–179; RÜTTEN S. 247–256; MENDE S. 256–260); für Baden-Württemberg war es die Linie Reinhold Maiers (zu den Spannungen und Richtungskämpfen innerhalb der FDP vgl. auch SRÖSS 2 S. 1319–1323).

45 Eugen Wirsching (1891–1983), Mitgründer der CDU in Württemberg-Hohenzollern, 1946–1960 MdL Württemberg-Hohenzollern/Baden-Württemberg, 1947–1952 Arbeitsminister von Württemberg-Hohenzollern.

46 Bei den Auseinandersetzungen in Baden-Württemberg ging es um die Schulfrage, die zu

Stimme der FDP oder dem BHE, der sich gegenüber der CDU so unangemessen benimmt. Uns fiele es viel leichter bei einer Stichwahl!

Adenauer: Wir können unserer Fraktion keine Richtlinien geben, aber unsere Fraktion ist jetzt im Bilde, wie der Parteivorstand in seiner überwiegenden Mehrheit denkt.

Kaiser: Herr Blücher ist gestern nicht im Kabinett gewesen, und zwar wegen dieser Frage! Ich habe ihn nach der Kabinettsitzung beim internationalen Arbeitsamtstreffen getroffen und gefragt, warum er nicht dagewesen sei. Und er hat klipp und klar gesagt: wegen der Wahlrechtsfragen! Hier müssen wir doch Klarheit schaffen.⁴⁷

Ich bin von verschiedenen Seiten darauf aufmerksam gemacht worden, daß es nicht nur um die Hilfsstimme oder Stichwahl allein geht, sondern um die Frage des internen Proporz. Ich hätte gern gesehen, Herr Bundeskanzler, daß darüber im Parteivorstand Klarheit besteht.

Liegt es im Bereich der Möglichkeit – wir können doch nicht zum Notar gehen –, diesen internen Proporz bis in die letzte Unbedingtheit im ganzen Bundesgebiet durchzuführen? Ist das überhaupt möglich bei der Verschiedenartigkeit der Landschaften? Oder wie halten wir es?

Ich bin dafür, daß wir diesen beiden anderen Parteien gegenüber sehr loyal sind. Wir müssen sie erkennen lassen, was für uns möglich ist und was nicht möglich ist. Ich bin der Auffassung, daß es eine Abrede über die Bundesebene nicht geben kann. Die Dinge sind in Hamburg anders als im Südweststaat.

Eines ist uns gesetzt: Die christlichen Demokraten müssen die stärkste Partei werden. Alle anderen Fragen sind von geringerer Bedeutung und müssen dem nachgeordnet werden.

Adenauer: Wir sind nicht in der letzten Parteivorstandssitzung vor der Wahl. Lassen wir nicht zuviel machen. Herr Kaiser, deswegen findet am nächsten Montag die Besprechung mit den Herren von der Koalition statt.

Ich möchte bitten, daß wir jetzt auf den Hamburger Parteitag zu sprechen kommen.

Das Wort hat Herr Lenz.

HAMBURGER PARTEITAG

Lenz: Zum Parteitag ein paar Worte über die allgemeine Situation. Wir haben eine genaue Untersuchung machen lassen, wie jetzt die Stärke der CDU im Bundes-

einer grundsätzlichen Diskussion über das Verhältnis von Staat und Kirche führte (vgl. FEUCHTE S. 185–211).

47 Blücher hatte sich gegen die Stichwahl ausgesprochen und dies als Meinung der FDP kundgetan. In der Kabinettsitzung, an der Blücher nicht teilnahm, äußerte dagegen Dehler, dies könne nur die persönliche Meinung Blüchers sein, da in der FDP die Frage noch nicht behandelt worden sei. Er sei für Stichwahl (Lenz-Tagebuch, 10. März 1953).

gebiet ist. Wir sind zu dem klaren Ergebnis gekommen, daß die CDU z.Z. hinter der SPD liegt.⁴⁸ Die Ziffern sind nicht exakt, aber es ist ungefähr so, daß die SPD mit 36 % als stärkste Partei voraussichtlich gewählt werden wird, die CDU mit 33 %, die FDP mit 13 %, die DP mit 4 %, die anderen mit 8 %.

Wenn man die Koalition zusammenrechnet, hat man genau 50 %. Wenn man nun die 8 %, die noch ungewiß sind, zur Hälfte aufteilt, dann hätten wir die Chance, 54 % zu bekommen.

Wir müssen uns darüber klar sein, daß wir einen sehr harten Wahlkampf haben werden. Nach den mir vorliegenden Berichten sind wir leider Gottes in den einzelnen Landesverbänden noch lange nicht genügend gewappnet, um die Wahl jetzt schon vorzubereiten. (*Adenauer*: Wir wollen doch über den Parteitag sprechen!) Aber das ist sehr interessant, Herr Bundeskanzler! Ich wollte nur die Situation kennzeichnen.

In Schleswig-Holstein waren wir von 31 % auf 15 % zurückgegangen. Das ist aufgeholt worden. Heute liegen wir bei 29 %. In Niedersachsen waren wir von 23 % auf 10 % zurückgegangen. Heute stehen wir dort bei 20 %.

Der Parteitag in Hamburg muß unbedingt ein Erfolg für die CDU werden. Die Parteitage der SPD haben – Gott sei Dank – kein Echo in der Bevölkerung und in der Presse gefunden. Der Parteitag der CDU in Hamburg muß anders verlaufen. Ein paar Dinge müssen nach meiner Auffassung auf dem Parteitag in Hamburg in ganz großem Maße in den Vordergrund gestellt werden, und zwar zunächst die wirtschaftspolitische Situation. Die Konjunktur ist z.Z. rückläufig. Wir haben bei entscheidenden Industrien nur noch ganz wenig Auftragseingänge. Wenn die Entwicklung weiter anhält, werden wir im Juni und weiter bis zum September uns in einer sehr schwierigen wirtschaftspolitischen Situation befinden, die naturnotwendig auf die Wahl einen großen Einfluß ausübt.⁴⁹

Deswegen müssen wir in Hamburg ein Wirtschaftsprogramm entwickeln, das die Zuversicht gibt, daß die deutsche Wirtschaft in Vollbeschäftigung bleibt und daß jeder seinen Arbeitsplatz behält. Nach unseren Erfahrungen ist es für den Arbeiter und für den Angestellten entscheidend, ob er seinen Arbeitsplatz behält. Das ist das Wichtigste, was in unserer ganzen Wahlpropaganda zum Ausdruck kommen muß.

Wir müssen ferner ganz entscheidendes Gewicht auf die sozialpolitischen Forderungen der CDU legen. Wir haben eine ausgezeichnete Sache, wenn die Gewinnbeteiligung des Arbeiters am Betrieb propagiert wird. Damit sind die meisten Unternehmer in Deutschland einverstanden. Die Gewerkschaften sind dagegen. Der DGB wird das nicht akzeptieren. Damit könnten wir einen erheblichen Einbruch in

48 Vgl. Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1947–1955. Allensbach 1967 S. 172, 192; SCHWARZ 1 S. 187f.

49 Vgl. zur allgemeinen Wirtschaftslage SCHWARZ 1 S. 192f. Vgl. auch Protokoll der Besprechung zur Wirtschaftsentwicklung vom 16. März 1953 im Kanzleramt in NL Lenz I-172-058. Die Prognosen trafen nicht ein.

die Arbeiterklasse erzielen. Gerade die Forderung der Gewinnbeteiligung muß in Hamburg in den Vordergrund gestellt werden.

Es wäre nach meiner Auffassung gut, wenn wir in Hamburg eine Flüchtlingsstiftung durch den Herrn Bundeskanzler ins Leben riefen. Wir haben einen Entwurf gemacht und Münzen ausprägen lassen im Werte von 1,- DM, 2,- DM und mehr mit dem Bilde des Bundeskanzlers und der Inschrift auf der Rückseite: „Ich gab 1,- DM für die Flüchtlinge.“⁵⁰ Das würde eine außerordentlich große werbende Kraft für die gesamte CDU haben. Man kann zur Verteilung der Gelder ein neutrales Kuratorium einberufen. Vielleicht ist auch der Gedanke der Flüchtlingspatenschaft in Hamburg zu erwähnen.

Die Familienausgleichskassen⁵¹ sind noch nicht zum Abschluß gekommen. Aber die Forderung einer gerechten Familienausgleichskasse wäre etwas, was in Hamburg vorgetragen werden müßte.

Die Neuordnung des Rentenwesens ist ein entscheidender Punkt. Man müßte einmal in der Öffentlichkeit von seiten der CDU den Leuten, die auf Renten angewiesen sind, sagen: Wir wollen euch wirklich ein lebenswertes Minimum geben. Alle anderen, die jetzt die Rente zu Unrecht beziehen, müssen ausgegliedert werden, damit wir zu einer tragbaren Fundierung der Rentenversicherung kommen.⁵²

Nach dem Parteitag in Hamburg müßte man vier oder fünf Forderungen der CDU in Schlagworten so plakatieren, daß wir sie während der ganzen Wahlzeit wiederholen können. Heute leben wir im Zeitalter des Massenbewußtseins. Man muß mit Parolen arbeiten, die auch wirklich eingehen. Diese Parolen müssen das ganze Volk aufhorchen lassen.

Tillmanns: Der äußere Ablauf des Parteitages in Hamburg ist bereits in der letzten Parteivorstandssitzung festgelegt worden. (*Lenz:* Nach den Meldungen ist er verlegt worden auf den 22.) Das ist mir vollkommen unklar. Ich weiß nicht, wer das gemacht hat. Das hat ungünstig gewirkt, zumal wir schon vom Januar auf den April verlegt haben. Von uns aus ist das nicht veranlaßt worden. Das einzige, was sich geändert hat, ist das, daß der eigentliche Parteitag am Sonntag, dem 19. April, beginnt. Es ist kein neuer Beschuß gefaßt worden. Es ist nicht notwendig, daß über den Ablauf des Parteitages hier nochmals referiert wird.

50 Die Idee war am 3. März 1953 von Erich Peter Neumann vorgebracht worden unter dem Eindruck des sich mehr und mehr verstärkenden Flüchtlingsstroms aus der DDR (vgl. Lenz-Tagebuch, 3. März 1953). – Erich Peter Neumann (1912–1973), 1946 Gründer des Instituts für Demoskopie (Allensbach), Hrsg. des Jahrbuchs der öffentlichen Meinung, 1961–1965 MdB (CDU).

51 Diese Familienausgleichskassen sollten im Rahmen der Sozialversicherung zur Sicherung insbes. kinderreicher Familien beitragen; ein erster Gesetzesantrag war bereits 1949 von der CDU eingebracht worden (BT-Drs. Nr. 870), ein Gesetzentwurf wurde am 13. September 1951 von Bernhard Winkelheide eingebracht (BT-Drs. Nr. 2427; Sten.Ber. 1.WP Bd.9 S. 6569–6571). Erst am 14. Oktober 1954 kam es zur Verabschiedung des Gesetzes.

52 Vgl. dazu grundsätzlich HOCKERTS, insbes. S. 216–242.

Bezüglich der inhaltlichen Vorbereitung steht folgendes fest: Wir werden auf dem Hamburger Parteitag der deutschen Öffentlichkeit

1. eine klare Rechenschaft geben über das von der Bundesregierung – d.h. von der CDU – Geleistete, und zwar in eindrucksvoller Weise. Dazu sind die Vorbereitungen im Gange;

2. wird stark im Vordergrund stehen unsere Europapolitik, dann die Wiedervereinigung Deutschlands und die gesamte außenpolitische Konzeption;

3. wird stark herausgestellt werden unser Sozial- und Wirtschaftsprogramm.

Ich stimme Herrn Dr. Lenz zu, daß das eine große Bedeutung haben muß. Leider sind bis zum heutigen Tage die mit den Vorarbeiten befaßten Ausschüsse und Arbeitskreise noch nicht vollständig fertig.

Es wird Aufgabe des geschäftsführenden Vorstandes bzw. der von uns zur Mitarbeit vorgesehenen Freunde sein, aus dem, was die Ausschüsse – auch das, was die Sozialausschüsse in Köln erarbeitet haben⁵³ – bisher geleistet haben, einen Entwurf eines Wahlprogramms zusammenzustellen, damit es in Hamburg vorgetragen und dann diskutiert wird.

Im Vordergrund wird stehen müssen – darüber besteht Übereinstimmung – die Frage der äußeren Sicherung der menschlichen Existenz in unserer Gesellschaft, ferner die Frage des kleinen Eigenheims, der Gewinnbeteiligung, der Familienausgleichskasse und das Eigentum. (*Albers*: Und die Beschäftigung!) Das wollte ich noch sagen: Die Weiterführung unserer Wirtschaftspolitik mit dem Blick auf die Sicherung des Arbeitsplatzes, wobei, Herr Bundeskanzler, durch gewisse wirtschafts- und steuerpolitische Maßnahmen der Bundesregierung dafür gesorgt werden müßte, daß diese Stagnationserscheinungen, die sich in der Wirtschaft bemerkbar machen, möglichst bald überwunden werden. (*Adenauer*: Wir haben übermorgen in einem kleinen Kreis des Kabinetts Vorbesprechungen darüber!) Neu ist der Vorschlag von Herrn Lenz über die Flüchtlingsstiftung. Ich würde eine solche Aktion unterstützen. Ich bin der Auffassung, daß es notwendig ist, dem deutschen Volke einmal zu sagen, daß man solche nationalen Katastrophen nicht nur dem Staat überlassen kann, sondern daß hier die Bereitschaft des einzelnen Menschen angesprochen werden muß. Es würde der CDU propagandistisch außerordentlich viel nützen, wenn sie sich zum Parteitag eine solche Aktion zu eigen machen würde. Wenn wir durch eine solche Aktion der Flüchtlingssammlung den Leuten zeigen, daß wir für sie etwas tun, wird das, glaube ich, eine politische Atmosphäre schaffen, die im Blick auf die kommenden Wahlen uns viel nützen wird.

Es ist nur die Frage, ob diese Aktion, wenn sie von unserem Parteitag in Hamburg gestartet wird, nicht von vornherein den Stempel und den Charakter einer Parteiaktion bekommt. Ob man das hinterher wieder auswischen kann, wenn man ein neutrales Kuratorium macht, weiß ich nicht. Wir müssen die Einzelheiten auf

53 Bundestagung vom 28. Februar bis 1. März 1953 (vgl. dazu Von der Sozialpolitik zur Sozialreform).

jeden Fall noch überlegen und besprechen. (*Lenz*: Der Herr Reuter macht ruhig eine „Reuter-Stiftung“⁵⁴.) Nein, die Amerikaner machen es!

Wir sollten ferner außer den eben genannten wesentlichen Punkten in Hamburg auch das fortsetzen, was in Berlin angefangen worden ist. Ich denke z.B. an das Referat von Herrn Dr. Ehlers. Wir sollten ein konkretes Jugendprogramm aufstellen. Es sollte gefordert werden, was von der kommenden Bundesregierung für die berufs- und sozialgefährdete Jugend getan werden muß.

Adenauer: Heute haben wir den 11. März. Am 19. April beginnt der Parteitag. Das sind noch 39 Tage. In diese 39 Tage fällt die Karwoche und Ostern. Ziehen Sie also 9 Tage ab, dann bleiben noch 30 Tage. (*Wuermeling*: Dann können wir gerade arbeiten!) Vielleicht Sie, aber nicht die Ausschüsse. Aber damit wollen wir die Sache nicht abtun. Wir hören, daß die Ausschüsse noch nicht fertig sind. Das erfüllt mich mit ernster Sorge für den Verlauf des Parteitages. Dann wird nachher etwas zusammengeschlagen. Es wird dann alles nicht genügend aufeinander abgestimmt.

Es ist die vordringlichste Aufgabe aller Parteiinstanzen, die damit beschäftigt sind, dafür zu sorgen, daß die Vorbereitungen für diesen Parteitag – die Beschußentwürfe, die Festlegung der Redner, die Fragen der Diskussion usw. – nun wirklich vor Ostern fertig sind. Sonst geht die Sache schief.

*Heurich*⁵⁵: Was bisher von der CDU geleistet worden ist, wird nicht genügend propagandistisch ausgewertet. Was wir auf dem Hamburger Parteitag bringen, muß konkret und positiv sein. Die kommunalpolitische Arbeit ist das Rückgrat. Wir müssen auf die kommunalpolitische Arbeit mehr Wert legen. Die Verwirrung bei der Sozialdemokratie ist größer als Sie glauben. Sie hat überhaupt keine Konzeption. Wenn wir in Hamburg mit einem klaren Programm aufwarten, dann bin ich überzeugt, daß sich die Gesamtlage für die CDU bei den Wahlen bessert.

Adenauer: Meine Herren! Die Sachen müssen für Hamburg fertig sein!

Tillmanns: Die Ausschüsse und Arbeitskreise sind soweit fertig. Es handelt sich nur um ein paar Tage, dann haben wir das Material. Wir haben verabredet, daß es für den 27. März fertig wird. Dann soll der erste Rohentwurf vorgelegt werden. Dann wird noch einmal vor dem Parteitag in Hamburg eine Vorstandssitzung nötig sein. Das wird während Ihrer Abwesenheit in Amerika, Herr Bundeskanzler, sein müssen.

Die einzige Frage, die noch offen ist, ist die: wer über die Arbeitsergebnisse zu

54 Ernst Reuter hielt sich vom 15.–27. März 1953 in den USA auf. Schon vor seinem Eintreffen hatten bekannte Persönlichkeiten wie Lucius D. Clay, John J. McCloy u.a. in der amerikanischen Presse einen Aufruf zur Gründung einer „Bürgermeister-Reuter-Stiftung“ erlassen. Ziel war, während des Aufenthalts von Reuter eine Million Dollar durch Spenden aufzubringen zur Unterstützung von Flüchtlingen und sonstigen Hilfsbedürftigen. Die Stiftung wurde am 17. April 1953 ins Leben gerufen. Vgl. Ernst REUTER: Schriften und Reden, Bd. 4 Berlin 1975 S. 1024 Anm. 68.

55 Fridolin Heurich (1878–1960), 1919–1933 MdL Baden (Zentrum), 1927–1933 Staatsrat, Mitgründer und 1946–1951 Landesvorsitzender der CDU Nordbaden, 1945 Bürgermeister von Karlsruhe, 1946–1952 MdL Württemberg-Baden.

den einzelnen Gebieten referiert, d.h. wer sie einleitet. Wir waren uns darüber einig, daß die Referate kurz sein sollen und daß das Entscheidende in der Diskussion gesagt wird. Klar sind wir uns noch nicht über die Frage, ob wir die Darlegungen über das bisher Erreichte in einem Beschuß niederlegen sollen.

Ich würde vorschlagen, das, was für die Jugend speziell erarbeitet wird, in Hamburg gesondert zu behandeln. Hier könnten wir ein besonderes Aktionsprogramm für die Jugend beschließen.

Wenn auch die Zeit knapp geworden ist und die Ausschüsse lange Zeit gebraucht haben, so glaube ich doch, daß es nicht nötig sein wird, mit der heißen Nadel zu arbeiten. Es gibt nur noch Nuancen und kleine Unterschiede. Es wird verhältnismäßig leicht sein, diese Dinge zu einem einheitlichen Guß zu fassen.

Kiesinger: Es ist doch etwas schwieriger. Der Wirtschaftspolitische Ausschuß wird erst am 30. tagen. Wir kommen also in die Osterzeit hinein. Wir müssen also sehen, daß der Wirtschaftspolitische Ausschuß vorher tagt, damit die noch bestehenden Schwierigkeiten beseitigt werden. Wir müssen erreichen, daß der Wirtschaftspolitische Ausschuß so um den 20. herum tagt.⁵⁶

Adenauer: Das muß unter allen Umständen geschehen.

Schröder: Ich bin auf der Linie wie Herr Kiesinger. Wir müssen uns darüber klar sein, daß im wirtschafts- und sozialpolitischen Sektor die Sache keineswegs zum Besten steht. Dadurch, daß Herr Etzel seit Monaten nicht mehr da ist, hat der Ausschuß, rein organisatorisch betrachtet, einen schweren Rückschlag erlitten.⁵⁷ Die letzte Sitzung ist dreimal vertagt worden.

Ich bin der Meinung, daß es sehr nützlich wäre, wenn sich der Wirtschaftsminister selbst um die Dinge in unserem Kreise kümmern würde und daß er nicht nur als Redner auf dem Parteitag in Frage kommt. Er sollte konkret mitarbeiten an diesen Dingen, gerade bei dem Maß von Autorität, das er besitzt. Ich sehe Ihre bedenklichen Gesichter, meine Herren, aber das muß man fertigbekommen! Das gleiche gilt auch für den Bundesarbeitsminister.

Die Erfahrungen im Ausschuß für Eigentumsbildung sind nicht erfreulich.⁵⁸ Gerade diejenigen, auf deren Mitarbeit wir großen Wert gelegt haben – z.B. der Herr Ministerpräsident Arnold –, sind noch nicht ein einziges Mal dagewesen. Es genügt nicht nur der Name, sondern es muß auch etwas geschehen. Weder Prof.

56 Der Bundesausschuß für Wirtschaftspolitik tagte am 30./31. März 1953 in Bonn. Die Vorlage „Wirtschaftspolitik“ trägt das Datum 19. April 1953 (ACDP VII-004-069/1).

57 Etzel war am 10. August 1952 zum Vizepräsidenten der Hohen Behörde der EGKS berufen worden (AdG 1952 S. 3600).

58 Auf dem Berliner Parteitag war auf Vorschlag der Sozialausschüsse ein Bundesausschuß der CDU für Eigentumsbildung beschlossen worden, der sich aus Vertretern des Bundesausschusses für Sozialpolitik, der Sozialausschüsse und des Wirtschaftspolitischen Ausschusses zusammensetzen sollte. Der Ausschuß begann seine Arbeit aber erst am 20. Februar 1953. Zu den Auseinandersetzungen vgl. KOSTHORST S. 261f.

Pfister⁵⁹ noch Müller-Armack⁶⁰ sind dagewesen. Ich könnte die Reihe fortsetzen. Wir sind zwar zusammengewesen, aber das reicht nicht. Die ganzen Leute, die zu diesen Dingen etwas zu sagen haben, müssen herangezogen werden.

Die Sozialausschüsse haben vor 14 Tagen in Köln mit großer Mühe eine Menge von Sätzen entwickelt. Das ist positiv zu begrüßen, aber das ist nur ein Anfang.

Wir dürfen nicht den Mund zu voll nehmen und der Öffentlichkeit mit theoretischen Grundlagen etwas vorspiegeln. Wir haben gestern dieses Terrain sehr sorgfältig beackert und haben gesehen, wie schwer es ist, hier zu dem zu kommen, was wir alle gern haben möchten, nämlich zu einem konkreten und realisierbaren Programm. Das ist schwerer, als Außenstehende es wahrhaben wollen.

Wir kommen wieder am kommenden Samstag zusammen, aber ich kann keineswegs sagen, daß nun wirklich konkrete Dinge geschaffen werden. Wir haben keineswegs den Stand von Vorbereitungen, wie wir ihn in den Düsseldorfer Leitsätzen für die Bundestagswahl gehabt haben. Darüber darf man sich nicht täuschen.

Deswegen dürfen wir unser Ziel auf diesem Gebiet nicht übermäßig hochstekken. Das gilt namentlich für diejenigen, die auf diesem Gebiet eine soziale Revolution oder eine Wendung erwarten. Es wäre falsch, wollte man hier etwas ganz Neues und Umbrechendes erwarten. Wir werden im Grunde abstellen müssen auf die Wirtschaftspolitik, wie sie bisher betrieben worden ist.

Wenn Sie die gestrige Diskussion gehört hätten, würden Sie dem ohne weiteres zustimmen. Die Lebensansprüche aller Schichten sind so gewachsen, daß die Leute von uns Wunder erwarten. Die Leute haben die Idee, als ob sich das nun immer so weitersteigern ließe.

Ich würde davor warnen, den Mund zu voll zu nehmen, insbesondere was an Gewinnbeteiligung usw. geschaffen werden kann.

Adenauer: Was Herr Schröder gesagt hat, muß einen doch sehr bedenklich stimmen, und zwar hinsichtlich des Zustandes der Reife für das, was wir auf dem Hamburger Parteitag tun wollen.

Wir sind im Grunde genommen, seitdem wir bei der vorigen Sitzung darüber gesprochen haben, nicht erheblich weitergekommen. Heute ist der 11. März. Wie wollen wir denn diese Dinge fertigkriegen? Wie wollen wir die wirtschaftlichen und sozialen Forderungen aufeinander abstimmen? Sie müssen doch aufeinander abgestimmt werden.

59 Dr. Bernhard Pfister (geb. 1900), Professor für Nationalökonomie und Finanzwissenschaft; Mitverfasser der Düsseldorfer Leitsätze der CDU von 1949.

60 Dr. Alfred Müller-Armack (1901–1978), 1940 Professor für Nationalökonomie und Soziologie an der Universität Münster, nach 1950 für Wirtschaftliche Staatswissenschaften an der Universität Köln (Direktor des Instituts für Wirtschaftspolitik), 1952–1963 im Bundesministerium für Wirtschaft (bis 1958 kommissarischer Leiter der Hauptabteilung I Wirtschaftspolitik, ab 1958 Staatssekretär), 1964–1969 Stadtverordneter in Köln (CDU). Memoiren: Auf dem Weg nach Europa. Erinnerungen und Ausblicke. Tübingen 1971.

Ich bin sehr besorgt, ob dieser Parteitag nun das wird, was er ursprünglich werden sollte.

Strickrodt: Es ist sehr bedauerlich, daß der Wirtschaftspolitische Ausschuß Monate hindurch gefeiert hat. Der Ausschuß ist viel zu groß. Auch der Vorstand hat nicht gearbeitet. Ich glaube nicht, daß wir von Herrn Etzel verlangen können, den Termin vorzuverlegen. Herr Etzel muß z.Z. Herrn Monnet⁶¹ vertreten. Er hat sehr viel in Luxemburg zu arbeiten und kann vor dem 30. nicht da sein.

Ich habe noch eine andere Sorge. In dem Arbeitskreis, den Herr Etzel berufen hat, um die große Sitzung vorzubereiten, dominiert die Industrie durch Herrn Hellwig⁶² und Müller-Armack. Das sind die einzigen Leute, die konkret arbeiten. Ich bin nicht sicher, ob das vom Wirtschaftspolitischen Ausschuß ohne weiteres als der Wille der Partei angenommen werden kann, insbesondere weil unsere Mitglieder und Millionen von Leuten – wie Herr Schröder mit Recht sagt – danach drängen, etwas Positives von uns zu hören. Ich glaube, wir werden nicht zum Zuge kommen.

Um aber etwas Positives zu sagen, möchte ich erwähnen, daß der Unterausschuß „Finanz-, Steuer- und Geldwesen“⁶³ seit Monaten gearbeitet hat. Er hat einen zweiten Entwurf aufgestellt. Der erste Entwurf war vom Ausschuß zweimal beraten worden. Der zweite Entwurf ist mit einigen Sachverständigen und auch mit Herrn Hilpert durchberaten worden. Ich glaube, er ist ziemlich positiv gehalten.

Ich habe eine Bitte! Können Sie nicht helfen, daß dieser Entwurf nochmals durchgeprüft wird, damit wir am 30. sagen können: Fangt nicht nochmals an zu debattieren, sondern nehmt an! Ist es der Wille des Vorstandes, daß die programmatiche Arbeit des Ausschusses der Partei mit den beteiligten Ministern bis ins einzelne abgestimmt wird?

Wir haben den Rat des Herrn Minister Schäffer und des Herrn Staatssekretär Hartmann gehört. Ich bitte also, unter den Gesichtspunkten der Partei zu prüfen, ob das Programm brauchbar ist. Sie hätten dann für Hamburg wenigstens etwas.

Scharnberg: Meine Erfahrung geht dahin: Programme kann man nicht in einem riesigen Ausschuß festlegen, sondern nur in einem kleinen Arbeitskreis. Dann kann es durch den Ausschuß genehmigt werden. Wenn wir heute hören, daß Hellwig und Müller-Armack die Dinge machen sollen, dann scheint mir das einseitig zu sein. (*Strickrodt:* Auch Herr Pickert^{64!}) Ich möchte gern den Herrn Pfister dabeihaben.

61 Jean Monnet (1888–1979), französischer Politiker; 1946–1952 Leiter des Planungsamtes im Wirtschaftsministerium, 1952–1955 erster Präsident der Hohen Behörde der EGKS. Vgl. Hartmut SOELL: Patriot – Europäer – Weltbürger, in PERSÖNLICHKEITEN S. 185–230.

62 In der Vorlage: Hensel.

63 Der Unterausschuß „Finanzen und Steuern, Geld und Kredit“ des Wirtschaftspolitischen Ausschusses der CDU nahm am 22. Dezember 1951 seine Arbeit auf. Der erste Entwurf „Grundsätze einer gerechten Finanzpolitik“ stammt vom 21. Oktober 1952, der zweite Entwurf lag am 22. März 1953 vor (ACDP VII-004-079/2).

64 Albrecht Pickert (1897–1979), Mitglied des CDU-Bundesausschusses für Wirtschaft, stv. Vorsitzender des Rheinischen Wirtschaftsausschusses.

Er hat uns voriges Mal sehr viel geholfen. Er ist in München und sitzt auf dem Lehrstuhl von Weber⁶⁵. Es muß ein Kreis von vier oder fünf Leuten sein.

Kaiser: Wir sollten uns nicht selbst entmutigen! Wir haben – was den sozialpolitischen Flügel unserer Partei angeht, die Arbeitnehmerschaft – in Köln Ausarbeitungen vorgelegt, die sich sehen lassen können. Wir nehmen den Mund nicht zu voll, sondern wir sind uns unserer wirtschaftspolitischen Verantwortung bewußt. Wir legen das vor. Das steht auch für den Wirtschaftspolitischen Ausschuß zur Verfügung.

Es sind viele Herren bei uns gewesen, die des Lobes voll waren. Überhaupt war diese Tagung vor zehn Tagen in Köln einfach mustergültig. Ich war einfach des Stolzes voll über das, was uns mit ganz geringen Mitteln möglich geworden ist. Es ist auch dort gesagt worden: Wenn uns das in vergleichbarer Weise in Hamburg gelingt, was die Arbeitnehmerschaft in Köln fertiggebracht hat, dann können wir zufrieden sein.

Ich habe nur den Wunsch, daß ein Verantwortlicher bestimmt wird, damit wir wissen, wer nun für die sachliche Zusammenfassung der Aufgaben in Hamburg verantwortlich ist. Ich habe neulich beantragt, daß Tillmanns das verantwortlich übernehmen soll. Ich möchte das heute noch einmal beantragen. Dann würde die Sache klappen.

Adenauer: Verantwortlich sind die drei Herren. Ich muß nach wie vor sagen, ich bin sehr besorgt. Wenn der Ausschuß für Wirtschaft erst am 30. März zusammenkommt und dann anfängt zu arbeiten, gibt es eine Katastrophe. Darüber wollen wir uns doch völlig klar sein. Es muß auch noch die Abstimmung miteinander erfolgen. Das ist doch eine ungeheuere Arbeit. Ich glaube, Herr Lenz, wir müssen uns unverzüglich mit Herrn Etzel in Verbindung setzen. So geht es nicht. Es muß auf irgend eine Weise Dampf dahintergesetzt werden. Wir können nicht bis zum 30. warten.

Tillmanns: Ich würde etwas besorgt sein, wenn wir in Hamburg ein vollständiges Wirtschafts- und Sozialprogramm der CDU vorlegen wollten. Wir wollen keine Düsseldorfer Leitsätze und kein Ahlener Programm vorlegen, sondern für den Wahlkampf einige konkrete praktische Forderungen zusammenstellen und die in Hamburg beschließen. Wenn sich die Ausschüsse darauf konzentrieren, ist das doch möglich.

Adenauer: Herr Kollege Tillmanns hat eingangs gesagt, der Hauptwert soll auf die Diskussion gelegt werden. Eine solche Diskussion muß sehr gut vorbereitet werden. Wie weit sind wir damit? Sonst geht es so, daß sich viele zu Wort melden. Und diejenigen, die sich zu Wort melden, sind nicht immer die Klügsten.

Aber wir müssen mit Herrn Etzel telephonieren und über die Sache sprechen. Ich werde versuchen, ihn heute noch telephonisch in Luxemburg zu erreichen.

Wie denken Sie sich nun die Diskussion?

65 Dr. Adolf Weber (1876–1963), Professor für Nationalökonomie und Finanzwissenschaften; 1921 bis zur Emeritierung 1948 Universität München.

Tillmanns: In dem Augenblick, wo die Dinge zusammengestellt werden, ergibt sich von selbst, daß die maßgebenden Freunde, die daran wesentlich mitgearbeitet haben, von uns gebeten werden, sich für die Diskussion vorzubereiten. Man wird Wortmeldungen, die von den Delegierten kommen, berücksichtigen müssen, aber die Diskussion wird so vorbereitet sein müssen, daß wir für die einzelnen Punkte drei oder vier gute Diskussionsredner haben. (*Adenauer:* Das wissen die Herren?) Ja! (*Adenauer:* Dann müssen Sie es den Herren mitteilen, das ist doch entscheidend, daß sie es wissen!) Ja!

Es ist uns mitgeteilt worden, daß sich beim CDU-Verband im Kreis Neumünster ein CDU-Kreisverband Oder-Neiße gebildet hat.⁶⁶ Der Kreisgeschäftsführer von Neumünster hat uns in einem Schreiben gebeten, daß der Bundesvorstand einer solchen Gründung zustimmt. Ich bin der Auffassung, daß das nicht möglich ist.

Kather: Sie wissen, daß auf dem Parteitag in Goslar der Landesverband Oder-Neiße beschlossen und in die Satzung, die er mit unterschrieben hat, aufgenommen wurde. Ich muß ganz offen sagen, obwohl ich diesen Parteitag von Anfang bis Ende mitgemacht habe, ich weiß gar nicht, wie es zu der Gründung dieses Landesverbandes gekommen ist. Er ist offenbar einem propagandistischen Bedürfnis entsprungen und auf diese Weise in die Satzung hineingekommen.

Wir haben festgestellt, die Landesflüchtlings- und Kreisflüchtlingsausschüsse waren eigentlich nur ein anderer Name für diese Sache. Von dieser Gründung in Neumünster habe ich heute erst erfahren. Es ist ein ziemlich maßgebender Mann in Neumünster. Ich glaube, er ist stellvertretender Vorsitzender von Schleswig-Holstein, der Herr Gerlich⁶⁷.

Ich würde vorschlagen, daß wir uns heute nicht damit befassen. Der Vertriebenenausschuß tritt am 28. zusammen. Ich werde bei Gerlich anfragen, und dann wird darüber gesprochen. Es soll selbstverständlich keine Nebenpartei geben.

Gradl: Wir haben mit drakonischer Härte gegenüber unseren eigenen Leuten das unterbunden, wenn sie anfangen, neben der ortsgebundenen Partei eine CDU-Parallelorganisation aus Flüchtlingen oder Heimatvertriebenen aufzubauen. Damit würden wir unsere Partei von selber zerschlagen. Ich kann mir denken, daß Sie in Ihrem Flüchtlingsausschuß gedrängt werden. Aber lassen Sie um Gottes willen die Hände davon weg. Es kann nur eine Parole geben: Jeder, der in das Bundesgebiet kommt, gehört in die ortsansässige Partei.

Wir haben unseren Exil-Parteitag in 14 Tagen in Bonn.⁶⁸ Wir hoffen, daß Sie, Herr Bundeskanzler, dabeisein werden. Das ist unmittelbar nach der Ratifizierung

66 Am 27. Februar 1953 war in Neumünster ein eigener Kreisverband des Landesverbands Oder-Neiße gegründet worden; sein Vorstand war identisch mit dem CDU-Kreisfachauschuß für Vertriebenenfragen (vgl. dazu ACDP VII-002-271).

67 In der Vorlage: Gerdes. – Dr. Walter Richard Gerlich (1908–1981), Mitgründer der CDU, 1950 des Landesverbands Oder-Neiße in Goslar, 1963–1965 MdB.

68 3. Parteitag der Exil-CDU vom 22.–24. März 1953 in Bonn (vgl. dazu CDP Nr. 60 vom 24. März 1953).

der Verträge, so daß Sie gerade in die Sowjetzone hinein von diesem Parteitag aus ein gutes Echo haben werden.

Albers: Ich bitte darum, daß die von Herrn Kaiser angeschnittene Frage des DGB hier noch einmal erörtert wird. Der ganze Wahlkampf hängt zum großen Teil von der Haltung des DGB bzw. von den Zuträgerdiensten ab, die er der SPD leistet. Wir müssen durch ein wirklich faßbares Programm den Gewerkschaften die Möglichkeit nehmen, gegen uns vorzugehen.

Adenauer: Das ist eine so wichtige Frage, daß wir sie jetzt nicht anschneiden sollten. Wir können zu dem Kollegen Kaiser das Vertrauen haben, daß er gegenüber dem DGB die notwendigen Schritte tun wird. Unsere Aufgabe ist es, hinter ihm zu stehen, und daß wir alle seine Schritte mit Wort und Tat unterstützen.

Kaiser: Vielleicht darf ich von der Rede, die [ich] am Sonntag vor acht Tagen in Köln gehalten habe, dem Vorstand folgendes zur Kenntnis bringen, damit Sie etwas über unsere und meine Haltung in dieser Angelegenheit erfahren und auch zu würdigen wissen.⁶⁹

Große Teile unserer Wähler sind Arbeitnehmer. Die SPD ist drauf und dran, die breite Masse unserer Wähler mit Hilfe der Gewerkschaften wegzureißen. Das muß verhindert werden.

Ich habe am letzten Sonntag in Essen das gleiche Thema angesprochen.⁷⁰ Es waren namhafte Vertreter des DGB da. Wir haben mit Walter Freitag eine neue Abrede getroffen, daß eine Auseinandersetzung zwischen ihm und uns geführt wird. Die erste Frage, die wir stellen, wird die sein: Meint ihr es überhaupt noch ehrlich und aufrichtig mit dieser einheitlichen Organisation, die nach 1945 geschaffen worden ist?

Sie müssen dann Rede und Antwort stehen. Sie werden selbstverständlich sagen: Wir wollen die Einheit erhalten, aber sie ist an ganz bestimmte Voraussetzungen gebunden, und die müssen erfüllt werden.

Wir werden zu erreichen versuchen, daß die Gewerkschaften in diesem politischen Kampf den christlichen Demokraten gegenüber – soweit sie überhaupt zu den Wahlen Stellung nehmen – mindestens ebenso gerecht werden müssen wie gegenüber der SPD. Es wäre erwünscht gewesen, wenn wir heute darüber hätten sprechen können. Es wäre gut, wenn wir unter den Kandidaten, die wir aufstellen, einige namhafte Persönlichkeiten der DGB-Leitung hätten. Es sind Persönlichkeiten von Qualität da. Es kommt im wesentlichen das Industriegebiet in Frage, z.B. Gelsenkirchen, Dortmund usw. Ich bedaure, daß der Vorsitzende von Westfalen nicht hier ist.

69 Der politische und soziale Standort der christlich-demokratischen Arbeitnehmerschaft, in:
Von der Sozialpolitik zur Sozialreform S. 67–74; vgl. auch KOSTHORST S. 266f.

70 Jakob Kaiser sprach zur „Gedenkstunde der christlichen-demokratischen Arbeitnehmer der Stadt Essen am 8. März 1953“ (Rede in BA NL Kaiser Vorl.Nr. 201).

Ich möchte bitten, daß Sie uns mit Vertrauen begegnen. Ich hoffe, daß es uns gelingt, in der Gewerkschaftspresse zu Wort zu kommen. Ich habe schon einige Gespräche darüber geführt, und ich glaube, daß das erreicht werden wird, so daß wir von dieser Seite her eine Erleichterung erfahren. Ich habe dabei Worte höchsten Respektes von Gewerkschaftsseite über Konrad Adenauer und über sein Eingreifen bei der Bereinigung der Auseinandersetzung im Bergbau gehört, daß es der Bundeskanzler war, der diese Lösung herbeigeführt hat.

Adenauer: Ich habe die Rede von Herrn Kaiser in Köln gelesen; ich kann Ihnen dringend empfehlen, lesen Sie diese Rede auch. Was auf dieser Tagung als Weg gekennzeichnet worden ist, ist ausgezeichnet. Wir stehen absolut dahinter. Wir müssen auch bei der Aufstellung der Kandidaten diese Rücksichten nehmen, von denen Sie gesprochen haben.

Ich glaube, es ist gut, daß in der nächsten Vorstandssitzung diese Frage vorangestellt wird. Dann werden Sie etwas weiterkommen.

Pferdmenges: Wie ich höre, sind die christlichen Leute bei der Aufstellung der Sozialdirektoren sehr schlecht weggekommen. Kann man da nicht etwas tun?

Kaiser: Auch darüber werden wir sprechen. Übrigens werden diese Berufungen nicht zum Heil der Gewerkschaften ausgehen. Dazu hat Arnold ein sehr kräftiges Wort gesagt, daß die Gewerkschaften für die Leute da sind und nicht umgekehrt.⁷¹ Die Arbeiterschaft hat in dieser Beziehung ein sehr gesundes Empfinden.

Fay: Wird es, wenn es zu einer Stichwahl kommen sollte, bei dem Termin vom 6. September bleiben? Ich habe nämlich schon sämtliche Säle gemietet.

Adenauer: Wenn es zu einer Stichwahl kommt, muß die Hauptwahl acht Tage vorher sein.

Fay: Bis wann werden die Lesungen durch sein?

Adenauer: Der Bundestag ist ein schwer erforschbarer Organismus. (*Ehlers:* Das hat er mit der Bundesregierung gemein. – *Heiterkeit!* – *Kaiser:* Der Mann ist doch um eine Antwort nie verlegen!) Ich habe nicht gewußt, daß Sie sich mit dem Bundestag derartig identifizieren. Sie sind ein leichter zu erforschender Organismus als der Bundestag! (*Ehlers:* Im allgemeinen sind die Tagungstermine aus der Presse zu entnehmen; wenn Sie sie festgesetzt haben, ist es schwieriger!) Ich habe noch nie einen Termin festgesetzt! (*Ehlers:* Die dritte Lesung ist doch beschlossen worden.⁷² Sie haben von der zweiten Märwoche gesprochen.) Ja, gesprochen schon, das ist richtig, aber nicht festgesetzt.

Doch wir wollen zurück zu der eigentlichen Frage. Wir können nur das eine sagen: Alle Parteien – abgesehen von der Sozialdemokratie – haben das Bedürfnis,

71 Zur Haltung Arnolds gegenüber den Gewerkschaften vgl. seine Rede am 1. März 1953 in Köln (abgedruckt in: Von der Sozialpolitik zur Sozialreform S. 55–61); vgl. auch HÜWEL S. 246f. Zum Verhältnis der Sozialausschüsse der CDU zum DGB vgl. GUNDELACH.

72 Die dritte Lesung fand erst am 25. Juni 1953 statt (vgl. Sten.Ber. 1.WP Bd.17 S. 13741–13768; AdG 1953 S. 4051).

möglichst schnell das Gesetz verabschiedet zu sehen. (*Kaiser*: Das gibt Veranlassung zu der Frage, ob 9/10 ...) Sie reden über etwas anderes. Es handelt sich um das Wahlgesetz.

Schröder: Ich glaube, wir haben große technische Schwierigkeiten; auch wenn wir zur Stichwahl kommen, sollten wir nicht als ersten Tag den 6. und als zweiten Tag den 13. September nehmen?

Tillmanns: Das ist eine rechtliche Angelegenheit!

Zimmer: Dann haben wir eine Woche lang kein Parlament. Die Legislaturperiode läuft am 6. September ab.

Schröder: Das ist im Grundgesetz festgelegt.⁷³

Tillmanns: Das Grundgesetz bestimmt zwingend, daß die Bundestagswahl innerhalb des letzten Vierteljahres stattfinden muß.

Ehlers: Für uns ist der 6. September günstiger als der 31. August. Es hat keinen Zweck, die Wahl in die Ferien zu legen.

Adenauer: Überlassen wir das dem Bundestagsausschuß. Ich meine, wir sollten jetzt zum Schluß kommen.

Ich darf mit bestem Dank schließen und an die drei geschäftsführenden Herren den Vorschlag richten, etwas für die Presse zu entwerfen.

20

Hamburg, 18. April 1953

Sprecher: Bach, von Brentano, Ehlers, Fay, Gradl, Frau Gröwel, von Hassel, Heck, Johnen, Kaiser, Kather, Kiesinger, Krone, Lehr, Lensing, Lenz, Müllenbach, Pferdmenges, Samsche, Scharnberg, Schreiber, Simpfendorfer, Strickrodt, Tillmanns, Wuermeling, Zimmer.

Kassenbericht des Bundeschatzmeisters. Verlauf des Parteitages: Verhalten der Stadt Hamburg gegenüber dem Bundeskanzler, Plakatierung des „Volksbundes für Frieden und Freiheit“, Läuten der Freiheitsglocke. Vorschläge für die Wahl des Präsidiums, der Mandatsprüfungskommission und der Redaktionskommission. Entwurf des Hamburger Programms. Entschließungen. Überlegungen zur Neuwahl des Vorstands. Verschiedenes.

Beginn: 17.00 Uhr

Ende: 20.00 Uhr

Ehlers (als Vorsitzender): Meine Damen und Herren! Da der Herr Bundeskanzler sich z.Z. zwischen Amerika und Europa befindet, darf ich die Parteivorstandssitzung zur Eröffnung des Parteitages eröffnen und Sie herzlich willkommen heißen.

73 Vgl. GG Art. 39 Abs. 1.